

Beginn: 10.03 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich zu der heutigen Tagung der Landschaftsversammlung Rheinland willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe Frau Gertrud Welper – guten Morgen! – und Herrn Hans Meyer.

(Gertrud Welper, LWL: Guten Morgen! – Allgemeiner lebhafter Beifall)

Herzlich willkommen, liebe Kollegin und lieber Herr Meyer, dass Sie zu uns gekommen sind, um unseren Haushaltsdebatten zu folgen.

† Hildburg Holländer

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich habe die traurige Verpflichtung, Ihnen mitzuteilen, dass Frau Hildburg Holländer, CDU-Fraktion, Mitglied der 13. Landschaftsversammlung, am 13. Januar 2011 im Alter von nur 62 Jahren verstorben ist. Frau Holländer war seit 1999 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland und während dieser Zeit als Mitglied in folgenden Gremien aktiv:

- Ausschuss für interregionale und kommunale Zusammenarbeit,
- Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung.

Sie arbeitete im

- Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss 2 und auch im Kulturausschuss.

Frau Holländer war eine engagierte Kollegin, die trotz ihrer schweren Krankheit in bewundernswerter Weise bis zuletzt ihren politischen Verpflichtungen nachgekommen ist. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Geburtstag

Es gibt Erfreuliches auch zu berichten:

- Herr Heinz Schmitz, Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde

wird heute 70 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Schmitz!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Wie sagt man in Köln: Dä hät sich ävver god jehalde!

(Allgemeine Heiterkeit)

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zu dieser 6. Tagung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 16.02.2011 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 5 vom 23.02.2011 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Beisitzer

Als Beisitzerin und Beisitzer darf ich für die heutige Tagung

- Frau Astrid Natus-Can
- und

- Herrn Roland Busche

herzlich bitten, nach vorne zu kommen und hier Platz zu nehmen. Es gibt, so ist zu erwarten, etwas zu tun für die Dame und den Herrn Beisitzer.

(Lebhafter Beifall)

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wie ich Ihnen soeben mitteilen musste, ist Frau Hildburg Holländer verstorben. Für sie rückt Herr Dr. Nils Helge Schlieben als Nachfolger nach.

Ich darf Sie bitten, sich zu erheben.

Herr Dr. Schlieben, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und – –

(Nahezu alle Delegierten
haben sich erhoben)

– Das ist keine Vereidigung, sondern eine Verpflichtung. Es ist sehr höflich, dass Sie sich erheben; es wäre aber nicht notwendig gewesen.

(Große Heiterkeit)

– Jetzt bleiben Sie doch stehen! Frühsport.

Herr Dr. Schlieben, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Ich kann Ihnen sagen: Das ist ein historisches Ereignis. Noch nie ist die gesamte Versammlung dazu aufgestanden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 13/102 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN –
- Antrag Nr. 13/104 der CDU-Fraktion –
- Antrag Nr. 13/109 der FDP-Fraktion –

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Stimmt jemand dagegen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4, meine Damen und Herren:

Wahl der Landesrätin/des Landesrates des LVR-Dezernates Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen

- Vorlage Nr. 13/996 –
- Antrag Nr. 13/106 der CDU –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2011 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich als Empfehlung für die Landschaftsversammlung Rheinland folgenden Beschluss gefasst:

Frau Martina Wenzel-Jankowski wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zur Landesrätin gewählt und erhält gemäß § 4 Absatz 1 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 4 LBesO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihr wird die Leitung des LVR-Dezernates „Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen“ übertragen. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist möglich.

Gibt es zu diesem Vorschlag Wortmeldungen? – Herr Einmahl bitte.

(Einmahl, CDU: Herr Vorsitzender, die CDU-Fraktion schlägt zur Wahl Herrn Joachim Heister vor, und wir beantragen geheime Abstimmung!)

Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Die CDU-Fraktion hat geheime Wahl beantragt. Dann ist nach § 18 unserer Geschäftsordnung so zu verfahren.

Erlauben Sie mir bitte noch für die Wahl folgende Hinweise. Gewählt ist natürlich, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen hat. Aber was sind die gültigen? Zu den Gültigen gehören nämlich auch die Neinstimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.

Die Wahlzettel sind vorbereitet. Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 3 unserer Geschäftsordnung sind die Namen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Jetzt ist die Stunde der Beisitzerin und des Beisitzers. Frau Natus-Can, wollen Sie bitte mit dem Aufruf beginnen.

(Die Beisitzer rufen im Wechsel von 10.10 bis 10.27 Uhr die Delegierten zum Gang zu den beiden Wahlurnen auf)

– Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, hat jeder seine Stimme abgegeben oder davon Gebrauch gemacht – außer denen, die im Moment noch an den Urnen sind? – Ich sehe, das ist der Fall. Dort vorne noch jemand? – Okay, damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

(Auszählen der Stimmen
von 10.29 bis 10.38 Uhr)

Ich darf bitten, wieder Platz zu nehmen; das Ergebnis liegt vor. – Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen folgendes Ergebnis bekannt geben:

Zahl der abgegebenen Stimmen	125
abgegebene gültige Stimmen	125
Erforderlich sind	63
Für Frau Wenzel-Jankowski sind	68
Stimmen abgegeben worden, für Herrn Heister	57.

Damit ist Frau Wenzel-Jankowski im ersten Wahlgang zur Landesrätin gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Können wir vielleicht erst einmal hier das Formelle erledigen, meine Damen und Herren dort hinten in der Ecke?

Frau Wenzel-Jankowski, bitte seien Sie so liebenswürdig, nach vorne zu kommen.

Frau Wenzel-Jankowski, Sie sind soeben als neue Landesrätin von den Mitgliedern der Landschaftsversammlung für das LVR-Dezernat Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen gewählt worden. Ich gratuliere sehr herzlich, wünsche eine glückliche Hand und gute Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall)

Ich übergebe Ihnen das Wort.

Landesrätin Wenzel-Jankowski: Herr Dr. Wilhelm! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist für mich der aufregendste Vormittag seit langen Jahren. Ich danke Ihnen sehr herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zur Dezernentin für den Klinikverbund und die Heilpädagogischen Hilfen entgegengebracht haben.

Diese Wahl ist für mich eine große Ehre, aber fast noch eine größere Verpflichtung, jetzt an maßgeblicher Stelle die Arbeit für behinderte und erkrankte Menschen im Rheinland weiter voranzutreiben und zu gestalten. Das ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe, wenn man sie erfolgreich bewältigen möchte. Deswegen biete ich Ihnen allen eine konstruktive, loyale und sachorientierte Zusammenarbeit an.

Dieses Angebot mache ich ausdrücklich auch all denjenigen, die mich heute nicht wählen und mir insofern noch nicht das Vertrauen aussprechen konnten.

Ich danke Ihnen herzlich. Auf gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Blumensträuße werden durch die Fraktionsvorsitzenden überreicht, und Delegierte gratulieren)

Meine Damen und Herren, ich möchte gern in der Tagesordnung fortfahren.

Tagesordnungspunkt 5:

Haushalt 2011

Zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes schlage ich Ihnen folgendes Verfahren vor:

1. Über den Bericht der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung – Vorlage 5.1 – ist abzustimmen.
2. Danach erfolgen die Redebeiträge oder Statements der Fraktionen zum Haushalt.
3. möchte ich Ihnen vorschlagen, dann über die Vorlage Nr. 13/1026 abzustimmen. Das sind die Einwendungen einiger Mitgliedskörperschaften.

4. Es ist nur kursorisch, aber der guten Ordnung halber bei Anfragen vorgesehen, diesen Punkt schon unter 5.3 aufzurufen, weil die Anfragen eben den Haushalt betreffen. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt noch einmal unter 8 finden.

5. möchte ich über die Anträge, den Eckpunktebeschluss zum Haushalt – Antrag 13/96 von SPD, GRÜNEN und FDP – abstimmen lassen, danach über den Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt – Antrag 13/99 der CDU-Fraktion –.

In der Sitzung des Landschaftsausschusses am 18. Februar hat die Fraktion Die Linke die Anträge 13/75, 13/77, 13/78 und 13/95, die CDU-Fraktion den Antrag 13/90 zurückgezogen.

Die übrigen Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde wurden mehrheitlich abgelehnt.

6. Die Abstimmung über die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes, also die klassische Abstimmung, würde dann folgen. Es wird also keine Einzelabstimmung über die Anträge mehr geben, wenn Sie einverstanden sind.

7 Unter 5.6 wird die Abstimmung über die Wirtschaftsplan-Entwürfe erfolgen.

Sind Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden? – Dann können wir so verfahren. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 5.1:

Bericht der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung

– Vorlage Nr. 13/957 –

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage beraten und zur Kenntnis genommen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit nehmen wir sie **zur Kenntnis**.

Punkt 5.2:

Einwendungen gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2011

– Vorlage Nr. 13/1026 –

Der Landschaftsausschuss hat die Angelegenheit am 18.02.2011 beraten und einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion empfohlen, gemäß der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der CDU-Fraktion ist im Übrigen einstimmig so beschlossen.

(Zuruf von den Freien
Wählern/Deine Freunde)

– Auch Enthaltung? – Bei Enthaltung der CDU-Fraktion und von drei Vertretern der Freien Wähler/Deine Freunde – –

(Zurufe: Zwei!)

Dann wiederhole ich die Abstimmung. Entschuldigung, das war mir nicht ganz klar.

Wer dafür ist, bei den Einwendungen gegen die Haushaltssatzung so zu stimmen, wie im Landschaftsausschuss beraten und mehrheitlich beschlossen, wer also der Vorlage die **Zustimmung** geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der CDU-Fraktion und zwei Enthaltungen aus der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 5.3:

Anfragen zum Haushalt

5.3.1:

Haushaltskonsolidierung Projekt Butzweilerhof

– Drucksachen 13/14 und 13/1088 –

Meine Damen und Herren, Ihnen liegen die Anfrage 13/14 der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde zum Thema Butzweilerhof sowie die Antwort der Verwaltung vor.

Der Landschaftsausschuss hat diese Anfrage beraten und diskutiert. Gibt es dazu noch Wortmel-

dungen hier in der Landschaftsversammlung dazu? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Dann gehe ich davon aus, dass diese **Anfrage erledigt** ist.

(Effertz, FDP: Die Reden zum Haushalt fallen aus!)

– Die Reden fallen nicht aus, sondern ich rufe jetzt **Punkt 5.4** auf:

Anträge zum Haushalt

Zunächst bitte ich um Wortmeldungen. – Herr Einmahl bitte.

Einmahl (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir tragen gemeinsam eine große Verantwortung in der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland. Demokratisch legitimiert durch die Wahl in den uns entsendenden Mitgliedskörperschaften, haben wir Verantwortung für einen Haushalt, der im Jahre 2011 ein Volumen von fast drei Milliarden Euro umfasst. Dieses Volumen ist nahezu so groß wie der Haushalt der größten Stadt im Zuständigkeitsgebiet des LVR und zugleich der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen, nämlich der Stadt Köln. Dort hat der Haushalt ein Volumen von circa 3,2 Milliarden Euro.

Umso mehr ist und bleibt es unsere Pflicht, mit den uns treuhänderisch anvertrauten Geldern sorgfältig umzugehen und abzuwägen, welche Ausgaben zwingend notwendig sind und welche Ausgaben zwar wünschenswert, aber in schwierigen Haushaltssituationen entbehrlich sind.

Bereits zum Haushalt 2010 hatte die CDU-Fraktion eine Reihe von Anträgen gestellt, die dem Ziel dienten, Einsparungen zu erzielen. Sie, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, waren jedoch im letzten Jahr nicht bereit, sich intellektuell mit diesen Anträgen auseinander zu setzen, – –

(Lachen bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Frau Zsack-Möllmann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wir werden die eigenen Anträge noch einmal stellen!)

– Ja, man kann auch über die eigene Dummheit lachen. Das kenne ich.

(Beifall bei der CDU)

Ich kenne das von Ampelkoalitionen in anderen Gebietskörperschaften.

Sie haben damals vordergründig pauschal behauptet, die Anträge seien so spät gestellt, dass Ihnen eine Auseinandersetzung damit nicht möglich sei.

Damit dieses Scheinargument nicht auch in diesem Jahr zur Wirkung kommt, haben wir die Anträge überarbeitet, aktualisiert und sie frühzeitig eingebracht.

(Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie hatten also ausreichend Zeit, sich inhaltlich mit diesen Anträgen auseinander zu setzen und sich argumentativ damit zu befassen. Bedauerlicherweise haben Sie sich auch dieses Jahr um eine sachliche Diskussion herumgedrückt und es vermieden, unter Abwägung von Argumenten zu diskutieren.

Die von Ihnen politisch zu verantwortende drastische Erhöhung der Umlage um einen Prozentpunkt ist inakzeptabel und für unsere Mitgliedskörperschaften von verheerender Wirkung.

(Zustimmung bei der CDU)

Wäre es beim alten Umlagesatz geblieben, müssten unsere Mitgliedskörperschaften mehr als 100 Millionen Euro weniger Umlage zahlen. Sie haben jedoch nicht einmal den Versuch unternommen, die Umlageerhöhung zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren.

Wir, die CDU Fraktion im LVR, haben der Ampelkoalition vorgeschlagen – und dies beantragen wir als CDU-Fraktion heute abermals –, der Umlageerhöhung in Höhe von einem Prozentpunkt auf 17,0 Prozentpunkte nicht zu folgen und stattdessen die Umlage auf 16,5 Prozentpunkte festzusetzen. Der von uns eingebrachte Vorschlag hätte zur Folge, dass unsere Partner – die uns, finanzierenden Städte und Kreise – um 50 Millionen Euro entgegen dem Haushaltsentwurf entlastet würden. Dies ist bei strenger Haushaltsdisziplin, einem eisernen Sparwillen und bei einem kommunalfreundlichen Verhalten der Minderheitsregierung in Düsseldorf auch möglich.

Von Letzterem scheinen Sie jedoch nicht ernsthaft auszugehen, was mich nicht wundert bei einer Regierung, die bereits wenige Monate nach Amtsantritt die Verfassung des Landes NRW bricht und gleichzeitig verkündet, man müsse mehr Schulden machen, um die Zukunft zu sichern.

Wenn diese Theorie stimmt, müsste Griechenland bei seinem Schuldenberg eine glänzende Zukunft haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Gegenteil ist der Fall, und das Märchen, man könne mit zusätzlichen Schulden die Zukunft gewinnen und Vorbeugung betreiben, offenbart nur fehlenden politischen Mut und ist Betrug am Volk von Nordrhein-Westfalen.

Abgesehen davon führt diese Schuldenpolitik zukünftig zu einer deutlichen Verschlechterung des Ratings für Nordrhein-Westfalen. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu erläutern.

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

– Sie brauchen die Erläuterung? Das ist schlimm genug, dass Sie so etwas nötig haben.

Sie wissen, dass aufgrund der jetzt beabsichtigten Änderungen im GFG Mehreinnahmen in Höhe von über 30 Millionen Euro zu erwarten sind, die alleine ausreichen, um die geplante Umlageerhöhung um 0,3 Prozentpunkte zu verringern.

Würde die Ampel-Koalition darüber hinaus die von der CDU eingebrachten Sparvorschläge sowohl in den Einzelanträgen als auch in unserem Haushaltsbegleitbeschluss ernst nehmen und nicht mit der Arroganz der Macht vom Tisch fegen, dann wäre es durchaus zu schaffen, unserem Vorschlag zu folgen und die Umlage auf 16,5 Prozentpunkte festzusetzen.

Das Dilemma der Finanzentwicklung könnte jedoch bald wieder größer werden, wenn die Minderheitsregierung in Düsseldorf mit dem Nachtragshaushalt 2010 beim Landesverfassungshof zu scheitern droht; denn es ist zu erwarten, dass auch im Hauptsacheverfahren die Verfassungswidrigkeit des Landeshaushaltes festgestellt wird. Daher wird der aus Krediten finanzierte Geldsegen für die Kommunen möglicherweise nicht in der Höhe eintreten, wie dies erhofft wird. Dies bedeutet, dass die Minderheitsregierung ih-

re vollmundigen Versprechen nicht halten kann und die prognostizierten Mehreinnahmen nicht in der Höhe eintreten, wie dies bisher berechnet worden ist.

Ein Finanzminister in Düsseldorf, der seine Hauptaufgabe darin sieht, neue Kredite aufzunehmen, ist kein Finanzminister, wie ihn dieses Land wirklich braucht.

(Zustimmung bei der CDU – Frau
Zsack-Möllmann, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN: Reden wir hier über den
Haushalt – oder?)

Nach langer und ernsthafter Diskussion hat die CDU-Fraktion sich dafür entschieden, die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufgabe des festen Therapeutenschlüssels mitzutragen. Wir wissen, dass dies zunächst auf Widerspruch bei den Betroffenen stößt, sind aber davon überzeugt, dass ein Nachteil für die auf Therapie angewiesenen Menschen mit Behinderungen nicht damit verbunden sein muss.

Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, folgen dem Verwaltungsvorschlag nicht, sondern wollen – anders als die Verwaltung es vorschlägt – keinerlei Bezug auf die Zahlen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe nehmen. Dies halten wir für falsch. Ihnen fehlt der Mut zu einer klaren Aussage. Wir sehen die Zahl der Therapieeinheiten, die jeder Therapeut beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe pro Jahr leistet, und sehen bei einem vergleichbaren Angebot im Rheinland die Möglichkeit, dass alle Betroffenen in gleicher Qualität wie bisher versorgt werden. Darauf legen wir größten Wert!

Die daraus resultierenden Einsparungen und mögliche Einnahmeverbesserungen in Höhe von mehr als einer Million Euro müssen im Interesse unserer Mitgliedskörperschaften erzielt werden. Viele Kommunen befinden sich in der Haushalts-sicherung oder im Nothaushalt, und deren finanzielle Leistungsfähigkeit wird längst überfordert.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, daran erinnern, dass zahlreiche Städte die Umlage und die jetzt von Ihnen beabsichtigte Erhöhung um 100 Millionen Euro aus Kaschenkrediten finanzieren.

Natürlich wird bei unpopulären Maßnahmen, wie dies in Deutschland üblich ist, alsbald jemand erklären, dass man über solche Sparmaßnahmen

empört und äußerst betroffen sei. Die CDU aber steht in Solidarität zu unseren Kommunen und wird die Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen.

(Dr. Klose: Wie denn?)

Meine Damen und Herren, das Empörungs- und Betroffenheitsritual, das in Deutschland inzwischen zur Routine geworden ist, hat noch nie ein Problem gelöst.

(Zustimmung bei der CDU)

Sobald ein Journalist – ganz gleich, ob in Presse, Rundfunk oder Fernsehen – seine Empörung oder seine Betroffenheit zum Ausdruck bringt, wird halb Deutschland sich innerhalb von 24 Stunden dieser Empörung und Betroffenheit anschließen, allerdings nur, weil ein Ausscheren aus diesem Ritual von denselben Vertretern der veröffentlichten Meinung als Entsolidarisierung gebrandmarkt wird und niemand sich dem Vorwurf aussetzen will, er sei nicht empört oder nicht betroffen, obwohl dies angeblich von der Gemeinschaft erwartet wird.

Aber nochmals: Alle Empörung und alle Betroffenheit lösen kein einziges Problem!

Finanzquellen sind erschöpflich, und der Mittelstand in Deutschland befindet sich an der absoluten Grenze seiner Belastung.

(Dr. Klose: Das stimmt doch gar nicht!)

„Es reicht“, so betitelte die „Welt am Sonntag“ am 23. Januar diesen Jahres eine aktuelle Betrachtung zur Lage des Mittelstands, in der anschaulich dargestellt wird, dass die in ihrer Leistungsfähigkeit überforderte mittelständische Bevölkerung sich als Folge der Überbelastung entsolidarisiert und das Verständnis auch für notwendige Sozialausgaben drastisch abnimmt.

Hinzu kommt, dass diese Entwicklung zu einer Abnahme der Steuerehrlichkeit führt, weil die Betroffenen immer stärker die Auffassung vertreten, dass der Staat mit den einkassierten Steuern nicht verantwortungsvoll umgeht.

(Dr. Klose, SPD: Das ist nicht Ihre Aufgabe!)

Dies gilt auch für den Landschaftsverband Rheinland.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist gefährlich und kann langfristig zu Veränderungen in unserer Gesellschaft führen, die niemand, der unsere Demokratie wirklich bejaht, wollen kann.

Die CDU-Fraktion ist zur Verantwortung bereit und trägt auch andere unpopuläre Sparmaßnahmen mit. Wir haben allerdings aufgezeigt, dass wir dem Abbau der Kostenzuschüsse für Ferienmaßnahmen in stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen nicht zustimmen. Wir teilen auch nicht die Argumentation der Verwaltung, dass dies eine Ungleichbehandlung gegenüber den Menschen mit Behinderungen in ambulanten Einrichtungen ist.

Das Problem der Menschen, die viele Jahre in stationären Einrichtungen untergebracht sind, besteht in der Gefahr der Hospitalisierung. Der Aufenthalt in den stationären Einrichtungen wird teilweise subjektiv als unerträglich empfunden. Daher ist es auch entgegen den Ausführungen der Verwaltung gerechtfertigt, stationäre Einrichtungen und ambulante Einrichtungen unterschiedlich zu behandeln. Es besteht daher kein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Oft ist für stationäre Heimbewohner ohne Angehörige der zweiwöchige Ferienaufenthalt im Sommer ein großer Lichtblick, auf den sich diese Menschen freuen, und sie leben in der Vorfreude darauf. Sie erzählen von früheren Ferienaufenthalten, die immer als besonderes Erlebnis und als wichtige Unterbrechung des oft eintönigen Alltags empfunden werden. Dies wollen und werden wir als CDU Fraktion den Menschen nicht nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben daher vorgeschlagen, dass beim Landschaftsverband Rheinland die Reisekosten für die politischen Ausschüsse gestrichen werden, um mit diesen Mitteln die Kosten für die Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen teilweise zu decken.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, der Auffassung sind, dass die von uns genannte Summe von circa 300.000 Euro nicht nachvollziehbar ist, dann empfehle ich Ihnen: Rechnen Sie noch mal nach für alle Ausschüsse und Kommissionen; dann kommen Sie zum richtigen Ergebnis.

Aber Sie haben dies nicht getan – genauso wenig, wie Sie sich mit unseren Anträgen auseinandergesetzt haben.

Wäre die Ampelkoalition zu einem strengen Sparkurs bereit, so könnte bei vielen Sparmaßnahmen eine gemeinsame Position im Landschaftsverband erreicht werden.

Ich möchte nun auf einige Themenfelder eingehen, die uns als CDU Fraktion wichtig sind und die deshalb besondere Erwähnung verdienen. Zunächst gilt der Blick unserer kulturpolitischen Arbeit.

Meine Damen und Herren, als Verantwortliche für einen umlagefinanzierten Haushalt können wir angesichts der desaströsen Zahlen nicht zur Tagesordnung übergehen, und deshalb ist es richtig und wichtig, einen Blick auf die Kulturpolitik des LVR zu werfen.

Die Industriekultur ist zweifellos ein konstitutiver Bestandteil der Geschichte der Menschen an Rhein und Ruhr.

(Dr. Klose, SPD: Aber?)

Deshalb war der Aufbau eines Industriemuseums mit mehreren Standorten eine Entscheidung, zu der wir im Grundsatz immer noch stehen. Aber wenn es in anderen Bereichen heißt, „der LVR stellt sich seiner Geschichte“, so müssen wir das auch hier tun.

Sie, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, haben in Ihrem Eckpunktepapier die Industriekultur als das Alleinstellungsmerkmal für NRW bezeichnet. Diese Verabsolutierung ist nichts anderes als die Fortsetzung einer selektiven Geschichtsbetrachtung.

Mit ähnlichem Recht könnte der LVR den weltweit berühmten Neandertaler im Landesmuseum oder das europaweit beachtete Römermuseum in Xanten als solches bezeichnen – oder die Schlösser am Rhein oder das Beethoven-Haus in Bonn oder den Kölner und Aachener Dom.

Das alles führt uns nicht weiter. Und deshalb lehnen wir solche verabsolutierenden Aussagen ab. Sie sind Unsinn!

(Zustimmung bei der CDU)

Es gibt Grund, sich mit den Industriemuseen zu befassen, weil die Verwaltung kürzlich wieder er-

schreckende Angaben zu den Besucherzahlen gemacht hat.

Ich nehme das Beispiel Industriemuseum, Standort Engelskirchen. Diesen aufwendigen, riesigen Museumskomplex sahen im Jahr 2010 ganze 4.669 zahlende Besucher. Das sind knapp 15 zahlende Besucher pro Öffnungstag, denen an ihrem jeweiligen Besuchstag sicherlich deutlich mehr als 15 Museumsmitarbeiter gegenüberstanden.

Es dürfte manche ehrenamtlich betriebene kleine Heimatmuseen im Land geben, die einen wesentlich größeren Publikumszuspruch haben als das Millionengrab Engelskirchen.

Alle Standorte des Rheinischen Industrie-Museums hatten 2010 mit 68.000 Besuchern gerade einmal die Hälfte des Zuspruchs von Kommern und nur gut ein Fünftel des Besucheraufkommens in Xanten. Wenn mir auch bewusst ist, dass das nicht 1 : 1 vergleichbar ist, stellt sich doch die drängende Frage nach der Attraktivität und der Akzeptanz des Industriemuseums, wobei Engelskirchen ein besonders eklatanter Fall ist.

Stellt man die laufenden jährlichen Kosten in zweistelliger Millionenhöhe, die der LVR für das Rheinische Industriemuseum ausgibt, den Besucherzahlen gegenüber, dann ist hier von einer Schiefelage zu sprechen, die wir vor unseren Mitgliedskörperschaften so nicht länger vertreten können.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Thema ist so ernst, dass es sich nicht zur Polemik eignet, aber eine Zuspitzung sei mir doch erlaubt. In manchen Fällen sind die Kosten pro Besucher so hoch, dass es für den LVR preisgünstiger wäre, wenn man ihm anstatt des Besuchs den Katalog zur jeweiligen Ausstellung bei freiem Kaffee und Kuchen in der Museums-gaststätte schenken würde.

Wir müssen also fragen, wo es strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten gibt, die dazu dienen, eine deutliche wirtschaftliche Verbesserung zu erreichen.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass das, was Sie, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, unter den Punkten 23 und 24 ihres Eckpunktepapiers formuliert haben, Ausdruck blamabler kulturpolitischer Fantasielo-

sigkeit ist. Hiermit wollen wir uns nicht weiter beschäftigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, wird dieses Thema weiter behandeln, und wir behalten uns einen Antrag vor, der die Verwaltung beauftragt, alle Kosten für das Rheinische Industriemuseum in den letzten Jahrzehnten aufzulisten.

(Zurufe von der FDP)

Wenn wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, als Landschaftsverband Rheinland weiterhin als kompetenter Dienstleister tätig sein wollen, dann müssen wir unseren Blick auf unsere Sozial- und Gesundheitspolitik richten. Deshalb sei an dieser Stelle erwähnt, dass im Sozialhaushalt des LVR Möglichkeiten gegeben sind, Einsparungen ohne einen Qualitätsverlust für die Menschen, für die wir Verantwortung tragen, vorzunehmen.

Wir haben in unserem Haushaltsbegleitbeschluss unter Ziffer 12 aufgezeigt, dass es notwendig ist, unrealistische Prognosezahlen zu aktualisieren. Dies führt dazu, dass Einsparungsmöglichkeiten rechtzeitig erkannt werden.

Alein die Aussage, dass mehr als 80 Prozent des Haushaltes Pflichtaufgaben umfassen, ist keine Entschuldigung für Tatenlosigkeit. Auch der Sozialhaushalt ist unter dem Gesichtspunkt von Sparsamkeit und Effizienz kritisch zu betrachten.

Zur Gesundheitspolitik für die Menschen in unseren Kliniken und Heilpädagogischen Heimen stellen wir fest, dass sich der LVR durch die Struktur-Reform unserer Kliniken gut aufgestellt hat. Unser Dank gilt hier insbesondere dem Gesundheitsdezernat, damals noch mit Frau Lubek an der Spitze, gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Allerdings hat die heutige Wahl der neuen Dezernentin für das Gesundheitsdezernat – unabhängig von ihrer Qualifikation – aufgezeigt, dass der bestqualifizierteste Bewerber, Herr Heister, deshalb keine Chance erhalten hat, weil Parteibuch vor Qualifikation geht.

(Zustimmung bei der CDU -
- Widerspruch bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP)

Die CDU hat im Gegensatz zur Ampel bei der Wahl der Landesdirektorin bewiesen, dass sie in der Lage ist, Qualifikation über Parteizugehörigkeit zu stellen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist bedauerlich, dass der Ampel-Koalition diese Fähigkeit fehlt. Selbstverständlich wird die CDU-Fraktion mit Frau Wenzel-Jankowski als neuer Gesundheitsdezernentin konstruktiv zusammenarbeiten.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Herrn Joachim Heister, der sich mit besten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen auf diese Stelle beworben hat, und wir freuen uns darüber, dass er weiterhin mit seinem hohen Maß an Kompetenz und Einsatzfreude dem LVR zur Verfügung stehen wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu unserer neuen Aufgabe, die wir als Landschaftsverband Rheinland auf Basis des Therapieunterbringungsgesetzes übernehmen wollen.

In dieser Frage haben wir es uns als CDU-Fraktion nicht leicht gemacht und diskutiert, ob wir dies leisten können und wollen. Wir sind zum Ergebnis gekommen, dass wir dies leisten können. Wir fordern aber, dass bei der Aufgabenübertragung durch das Land klare Vereinbarungen getroffen werden müssen.

Es muss gewährleistet sein, dass die unterzubringenden Straftäter nicht in eine Verwahranstalt kommen, sondern dass sie nach den therapeutischen Grundlagen und Aspekten behandelt werden, die dem hohen Standard und Anspruch des Landschaftsverbandes entsprechen. Dafür hat das Land gemäß dem Grundsatz der Konnexität die hundertprozentige Finanzierung zu gewährleisten.

Ein Wegsperrern ohne die notwendigen therapeutischen Maßnahmen findet mit der CDU-Fraktion nicht statt. Wenn dies gewollt ist, soll das Land diese Aufgabe selbst erledigen. Ob der Europäische Gerichtshof den jetzt beschrittenen Weg als vereinbar mit den Menschenrechten ansieht, ist zudem noch völlig offen.

Ein Thema, welches uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird, ist das Thema Inklusion. Ich verweise auf den von uns in der Sitzung des

Landschaftsausschusses am 03.12.2010 eingebrachten Antrag „Inklusionsprojekt“ zur Verwaltungsvorlage „Aktionsplan zur UN-Konvention“. Wir haben mit diesem Antrag deutlich gemacht, welche Bedeutung wir dem Thema Inklusion beimessen. Unser Antrag fließt ein in den Aktionsplan „Inklusion“ des LVR.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie uns aufzeigt, inwieweit in allen Bereichen, für die wir zuständig sind, Inklusion im Sinne der UN-Konvention stattfinden kann. Dabei soll die Schaffung von Doppel- bzw. Dreifachstrukturen vermieden werden.

Wir müssen in der Frage der Inklusion nicht alle Räder neu erfinden. Wo der Anspruch auf Inklusion anzuerkennen ist, müssen wir in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Städten und Kreisen miteinander die Wege finden, die uns helfen, das Ziel zu erreichen.

Die CDU-Fraktion erwartet, dass die Minderheitsregierung in Düsseldorf ihre Pflicht erfüllt und ein entsprechendes Gesetz zeitnah vom Landtag verabschiedet wird. Wir benötigen eine sichere Grundlage für unser Handeln.

Vor diesem Hintergrund versteht sich auch unsere Resolution, die Ihnen vorliegt. Ihr Resolutionsentwurf mit drei Zeilen und mit Bezugnahme auf den Landtagsbeschluss wird der Bedeutung nicht gerecht.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihre Resolution ist überflüssig. Unser Vorschlag ist konkret und sachgerecht. Wir wollen erreichen, dass sowohl der kommunalen Familie als auch dem LVR die Unterstützung zukommt, die für einen bestmöglichen Start zur Umsetzung der Inklusion erforderlich ist.

Unser Antrag ist eine logische Folge des Landtagsbeschlusses, und es ist somit richtig, ihn heute einzubringen.

Die CDU-Fraktion wird in Anbetracht der falschen Haushaltspolitik der Ampel den Haushalt des Jahres 2011 ablehnen. Dieser Haushalt ist gegenüber unseren Mitgliedskörperschaften un-solidarisch und kommunal feindlich.

Meine Damen und Herren, bei einer funktionierenden Ampel leuchtet meistens nur eine, allenfalls für eine kurze Zeit zwei Lampen auf. Wenn aber alle Lampen nicht funktionieren oder alle

Lampen gleichzeitig aufleuchten, kommt es in der Kreuzung zum Chaos und zur Massenkarambolage.

Bei Ihrer Haushaltspolitik sind alle Lampen dunkel, und Sie tun nichts, um den drohenden Kollaps unserer Mitgliedskörperschaften zu verhindern.

(Zustimmung bei der CDU)

Zum Schluss möchte ich im Namen der CDU-Fraktion meinen Dank an den gesamten Verwaltungsvorstand aussprechen, an der Spitze mit Frau Landesdirektorin Lubek. Ebenso gilt unser Dank der Kämmererei, an der Spitze mit der Kämmerin Frau Hötte. Wir möchten Sie, Frau Landesdirektorin, bitten, unseren besonderen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihren unermüdlichen Einsatz im Interesse des Landschaftsverbandes zu übermitteln.

Ihnen, meine Damen und Herren, in der Landschaftsversammlung danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Insbesondere danke ich meiner eigenen Fraktion für die vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit.

Herr Vorsitzender, ich habe die Bitte, über die Umlage in namentlicher Abstimmung getrennt abstimmen zu lassen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Prof. Rolle für die SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau LVR-Direktorin! Liebe Gäste aus Westfalen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Einmahl, ich möchte Ihnen gerne ein Zitat eines Parteifreundes vortragen, das lautet:

Wenn die Fahne weht, ist der Verstand
in der Trompete.

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist von Heiner Geißler, und ich möchte die schon abstrusen Behauptungen, die Sie eben zur Wahl der neuen Dezernentin gesagt haben, hier entschieden zurückweisen,

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

weil sie den Landschaftsverband und die Verwaltung beschädigen – und das, denke ich, haben sie nicht verdient; denn „Wenn es die Landschaftsverbände nicht gäbe, müsste man sie erfinden“, sagte Johannes Rau.

Diesen Satz zitierte unsere Ministerpräsidentin, Hannelore Kraft, anlässlich der Amtseinführung unserer neuen LVR-Direktorin am 18. November 2010. Nach all den schwarz-gelben Unsicherheiten der letzten fünf Jahre auf Landesebene nach Palmen, Rüttgers & Co. endlich ein klares Wort! Dies war längst überfällig, und es war gut so!

Deswegen, meine Damen und Herren, steht dieser Satz auch über dem „Eckpunktebeschluss“, den die Gestaltungsmehrheit zum Haushalt 2011 gemeinsam erarbeitet hat; denn bei den aufgrund der Haushaltslage insgesamt schwierigen Beratungen galt es, die Balance zu finden zwischen dem, was zwingend notwendig, das heißt unantastbar, und wünschenswert – oder besser: gerade noch machbar – ist.

In enger, guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung konnten wir uns verständigen auf einen für alle Betroffenen akzeptablen Dreiklang aus

- Haushaltskonsolidierung,
- Vermögenseinsatz und
- Sicherung der Einnahmen aus der Umlage auf dem bisherigen Niveau – trotz stetig steigender Fallzahlen.

Und damit zunächst einen herzlichen Glückwunsch an diese Verwaltung, die es geschafft hat, eine Konsolidierung von über 60 Millionen Euro zu realisieren – und das nachhaltig! Vor allem Dank an die stellvertretende LVR-Direktorin Renate Hötte, die diesen Prozess sehr zielstrebig und vor allem zielführend begleitet hat.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Insgesamt eine außerordentliche Leistung, für die ich allen beteiligten Dezernaten ausdrücklich meinen Respekt zolle!

Und trotz allem haben wir es geschafft, die wichtigsten Standards zu halten und die zukunftsweisenden Themen des LVR zu besetzen.

Beispiel Personal: Natürlich sind wir in Zeiten wie diesen gezwungen, bislang bestehende Personalbewirtschaftungsmaßnahmen wie Beförderungs- und Wiederbesetzungssperre weiter aufrechtzuerhalten. Keine Mitgliedskörperschaft könnte verstehen, wenn wir hier die Zügel lockern würden.

Aber bei aller Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, vergessen wir nicht unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Daher bleibt es bei der von der Gestaltungsmehrheit beschlossenen Ausbildungs- und Qualifizierungsquote; denn diese dient auch dazu, den LVR selbst zukunftsfähig zu machen.

Die demografische Entwicklung erfordert hier von uns besondere Anstrengungen.

Zur Erläuterung: Der LVR hat über 15.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Davon sind über 40 Prozent über 50 Jahre alt. Das heißt, in den nächsten anderthalb Jahrzehnten werden wir ca. 40 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR verlieren. Das heißt auch: Wir brauchen qualifizierten Nachwuchs! Eine Herausforderung, der sich Politik und Verwaltung stellen müssen.

Auch aus dem Bereich Umwelt und Kultur wurden die vereinbarten Einsparungsvorschläge erarbeitet und sind in den Entwurf eingeflossen.

Der Spagat zwischen der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren und attraktive Angebote für die Bürgerinnen und Bürger des Rheinlandes zu machen, wird dabei immer schwieriger.

Als Politiker erwarten wir gerade im Kulturbereich, dass wir zum Beispiel in den Museen jedes Jahr mehr Besucher haben und wir in unseren Einrichtungen die Leistungen ständig verbessern. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass dies aufgrund der derzeitigen Finanzlage nicht in allen Bereichen umsetzbar sein wird und wir froh sein können, wenn wir die noch vor uns liegende Durststrecke ohne weitere Einschränkungen bei der Aufgabenwahrnehmung überstehen.

Insofern trägt meine Fraktion die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen ausdrücklich mit.

Ein Kulturschwerpunkt für das Haushaltsjahr 2011 wird die von uns ausdrücklich erwünschte Netzwerkaktivität des Landschaftsverbandes

Rheinland sein. Dabei verhehle ich nicht, dass ich mir wünschen würde, dass sich unsere Bemühungen, mit einzelnen Partnern zu vernünftigen Lösungen zu kommen, nicht so zäh gestalten wie bei einigen Projekten im vergangenen Jahr.

(Frau Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist wohl war!)

Und – das sage ich mit aller Klarheit – da muss man sich auch mal von was trennen können und was nicht anpacken. Bei allen Entscheidungen, die anstehen – so oder so –, muss die Qualität und Verlässlichkeit der Partner im Vordergrund stehen.

Für meine Fraktion – das wird Sie nicht wundern, Herr Einmahl – ist die nachhaltige Bewahrung der Industriekultur gerade in Verbindung zum abgelaufenen Kulturhauptstadtjahr ein Thema von enormer Bedeutung. Durch sein industriekulturelles Netzwerk hat der Landschaftsverband Rheinland eine Vorreiterrolle entwickelt. Hier gilt es, die Aktivitäten im Rheinland zu bündeln, um dem Thema die Bedeutung zuzumessen, die ihm gebührt. Industriekultur bedeutet dabei nicht nur Ruhrgebiet, sondern Industriekultur ist für ganz NRW ein kulturelles Alleinstellungsmerkmal.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aus diesem Grunde haben wir in unserem Haushaltsbegleitbeschluss unter anderem festgelegt, dass die Umsetzung der industriekulturellen Gedanken und die vorhandenen Netzwerke unter der Federführung des Landschaftsverbandes und seiner vorhandenen fachlichen Kompetenz weiter entwickelt werden sollen. Ich bin sicher, dass wir hier insbesondere mit Unterstützung der Landesregierung zu vernünftigen Lösungen kommen werden. Und: Ich weiß alle diese Themen bei unserer Kulturdezernentin Milena Karabaic in guten Händen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

In guten Händen sind auch zwei Milliarden Euro für die Leistungen für Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, für die wir insgesamt eine große Verantwortung tragen. Denn diese Menschen mit ganz unterschiedlichen, vielfältigen Handicaps sind auf die

durch den LVR finanzierten Leistungen angewiesen. Das sind insbesondere die Leistungen zur Beschäftigung und zum Wohnen für Menschen mit Behinderung. Sie sind notwendig, um ihnen eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Ausbau der ambulanten Wohnhilfen war Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in den vergangenen Jahren. Vielfältige Projekte haben wir als SPD-Fraktion angeregt, um das Programm „ambulant vor stationär“ zu fördern und zu unterstützen. Der Haushalt bestätigt auch in diesem Jahr den Erfolg dieser Maßnahmen.

Wir alle wissen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung, die Wohnhilfen benötigen, stetig steigt – alleine schon aufgrund der demografischen Entwicklung.

Ein großer Erfolg ist es, dass die Zahl der Menschen in stationären Einrichtungen nicht weiter zunimmt und sich die Fallzahlzugänge ausschließlich bei den ambulanten Wohnhilfen abbilden. Dies ist nur möglich, weil nach wie vor Heimbewohnerinnen und Heimbewohner im Rheinland motiviert werden, in eine ambulant unterstützte Wohnform zu wechseln. Diesen Entwicklungsprozess, der Bestandteil einer gelebten Inklusion ist, werden wir als SPD-Fraktion auch weiterhin aktiv mit gestalten!

Hierzu werden insbesondere die Förderung von inklusiven Projekten und der Erhalt der KoKoBe's und SPZ einen wesentlichen Beitrag leisten.

An dieser Stelle erlauben Sie mir bitte auch einen ausgesprochenen Dank an die Vorsitzende der Kommission Inklusion, Dorothee Daun, die gemeinsam mit der Sozialdezernentin Martina Hoffmann-Badache genau die Aufgaben ausfüllt, die wir uns bei der Einführung der Kommission „Inklusion“ gewünscht haben, nämlich die übergreifenden Inklusionsbemühungen des LVR fachlich zu bündeln.

Neben den Wohnhilfen bilden die Leistungen zur Beschäftigung einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der Gestaltungsmehrheit. Wichtiges Ziel ist es, Menschen mit Behinderung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bekommen; denn: Die Berufstätigkeit in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes ist gelebte Inklusion!

Wir unterstützen daher insbesondere Projekte, die Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung außerhalb einer Werkstatt ermöglichen. Dabei ist ein wesentlicher Baustein das beschlossene Modellprojekt „Übergänge 500 Plus mit dem LVR-Kombilohn“. Dieses Modell zeigt unter anderem, wie freiwillige Leistungen einen Beitrag leisten, die Lebensqualität für Menschen mit Behinderung zu steigern und gleichzeitig Kosten zu sparen.

Fortsetzen werden wir auch die Bereitstellung betriebsintegrierter Arbeitsplätze für bisher Werkstattbeschäftigte in allen Dienststellen des LVR.

Wichtiges Anliegen ist es uns als SPD-Fraktion, dass der LVR auch hier eine Vorreiterrolle im Rheinland übernimmt. Deshalb müssen solche Arbeitsplätze in der Zentralverwaltung und in unseren Außendienststellen Normalität werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt 2011 zeigt, dass die bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Steuerung der Eingliederungshilfe nicht nur wichtig für die fachliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfen und damit für die betroffenen Menschen sind. Sie haben gleichzeitig einen unverzichtbaren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ermöglicht.

Alleine im Bereich der Eingliederungshilfe wird ohne Standardabsenkung ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung von rund 50 Millionen Euro geleistet. Und dies, obwohl gerade dieser Bereich von Pflichtleistungen geprägt ist.

Dank dafür an die Verwaltung des Sozialdezernates, die wir weiterhin unterstützen werden in ihren Planungen zur Reduzierung des Kostenanstiegs in diesem Bereich.

Und wir appellieren an die Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. In Anbetracht der Finanzlage unserer Mitgliedskörperschaften ist es wichtiger denn je, gute Konzepte zur Kosten- und Leistungssteuerung zu entwickeln. Dazu allen vom Sozialdezernat für die anstehenden Verhandlungen viel Erfolg!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber insgesamt zeigt doch auch die Entwicklung im Bereich der Sozialhilfe mit dem Erfolgsmodell

„ambulant vor stationär“, dass der Leitgedanke der Gestaltungsmehrheit, freiwillige Leistungen zu übernehmen, um langfristig Qualität für Menschen zu steigern und die Kosten zu senken, der einzig richtige Weg ist.

Diesen unseren Leitgedanken, präventiv und freiwillig zu handeln mit der klaren Zielsetzung, bessere Verhältnisse für weniger Geld zu schaffen, hat auch die neue Landesregierung zur Grundlage ihres Handelns gemacht:

So deckt sich auch deren klare jugendpolitische Zielsetzung – das heißt weg von der kurzfristigen, oft aktionistischen Maßnahmeförderung hin zu einer nachhaltigen präventiven Jugendpolitik der langfristigen Investitionen – mit den Forderungen der Fachwelt, wie sie zum Beispiel im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung formuliert sind. Sie deckt sich auch mit unseren Erkenntnissen aus dem LVR-Modellprojekt „NeFF“ – das ist das Netzwerk „Frühe Förderung“ –, welches mit LVR-Mitteln in sechs rheinischen Kommunen erprobt worden ist.

Das Beispiel unter anderem der NeFF-Kommune Dormagen zeigt, dass die Investitionen der Kommune in die Prävention sich langfristig nicht nur für Kinder und Familien, sondern auch finanziell, zum Beispiel in der Senkung der Fallzahlen und damit der Kosten, in den Hilfen zur Erziehung auszahlen. Diese Erfolge stellen sich jedoch nicht kurzfristig ein. Das braucht Zeit – länger auf jeden Fall als eine Wahlperiode!

Auch die von uns gemeinsam initiierte Koordinationsstelle Kinderarmut im LVR-Landesjugendamt hat durch die Sonderprojektförderung 2010/11 für zehn Kommunen ihre Wirkung gezeigt.

Alle beteiligten Jugendämter haben mit den vergleichsweise überschaubaren Fördermitteln wichtige Schritte einer kommunalen Steuerung im Sinne von gemeinsamen Zielen der öffentlichen und freien Träger sowie einer bedarfsorientierten Verteilung der Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das bedeutet ein Mehr zum Wohle der Kinder, die in Armut leben, und es hat die Auridis-Stiftung auf diese Aktivitäten der Koordinationsstelle aufmerksam werden lassen.

Diese private Stiftung unterstützt seit Januar über sechs Jahre hinweg mit zusätzlich 2,8 Millionen Euro die kommunalen Netzwerke gegen Kinderarmut mit Fördermitteln, Beratung und

Fortbildungsangeboten durch das LVR-Landesjugendamt Rheinland. Ein großartiger Erfolg!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Alle diese Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass das populistische „keine freiwilligen Ausgaben“ der CDU-Fraktion sich letztendlich nicht auszahlt! Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, weitsichtig sind Ihre entsprechenden Anträge nicht, und das werden sie auch nicht, wenn Sie sie bei den kommenden Haushaltsberatungen zum dritten Mal einbringen.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und Kompliment an Sie: Selten hat sich mir so deutlich gezeigt, was eigentlich „konservativ“ heißt. Na klar, das hängt mit „Konserve“ zusammen, aus der dann die Anträge kommen.

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ganz entscheidend ist es also, an den richtigen Stellen zu investieren, um zu sparen und nicht einfach nur zu sparen!

(Zuruf von der CDU: Wenn
Sie das für möglich halten!)

Thema „Therapeuteschlüssel an den LVR-Förderschulen“. Die angespannte Haushaltssituation und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung machen es erforderlich, dass der LVR auch im Bereich der therapeutischen Leistungen neue Wege gehen muss.

Der Vorwurf, der LVR wolle an der Gesundheit schwerstmehrfachbehinderter Kinder sparen, ist absurd und falsch! Der Vergleich mit dem LWL macht jedoch deutlich, dass dieser mit weniger Personaleinsatz nicht nur die therapeutischen Leistungen sicherstellt, sondern auch eine wesentlich höhere Refinanzierungsquote als der LVR erzielt.

Die Kundenbefragungen der letzten Jahre beim LWL zeigen ebenfalls gute Ergebnisse.

Die SPD-Fraktion der Landschaftsversammlung Rheinland steht weiterhin zum ganzheitlichen Ansatz an den LVR-Schulen. An diesen Schulen erfahren die Schülerinnen und Schüler eine För-

derung, die Sonderpädagogik, Therapie und Pflege umfasst. Daran möchten wir festhalten.

Statt einfach das LWL-Modell zu übernehmen, haben wir mit dem Haushaltsbegleitbeschluss die Verwaltung beauftragt, neue und sachgerechte Modelle zur qualitätserhaltenden Steuerung der therapeutischen Behandlung an unseren Schulen zu entwickeln – gemeinsam mit den Schulen und den Eltern.

Die vollständige Abdeckung des Bedarfs an therapeutischen Unterstützungsleistungen ist dabei zu gewährleisten. Hierbei ist auch die Einbindung niedergelassener Therapeuten, die über die Krankenkassen abgerechnet werden können, zu überprüfen. Noch wichtiger ist aus meiner Sicht die Klärung der Frage, inwieweit Therapie als unverzichtbarer Bestandteil des Unterrichts anzusehen ist, damit auch das Land NRW als für den Unterricht Zuständiger einbezogen werden muss.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Land schätzt in diesem Prozess den Landschaftsverband Rheinland aufgrund seiner vielfältigen Erfahrung als kompetenten Gesprächspartner. Dies haben unsere Ministerpräsidentin des Landes, Hannelore Kraft, und die Schulministerin mehrfach bestätigt.

Die Erweiterung des Angebots sonderpädagogischer Förderung in allgemeinen Schulen oder auch Inklusionsschulen ist eine komplexe und kontinuierliche Aufgabe. Die Weiterentwicklung eines Bildungssystems, in dem Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam leben und lernen, setzt die Akzeptanz von Anderssein und von Verschiedenheit sowie den Umgang mit Vielfalt, das heißt das Einbeziehen aller Menschen in die Gemeinschaft, voraus.

Mit der Integrationspauschale des LVR werden bisher eingeschränkte Fördermöglichkeiten geöffnet, um auch komplexere Förderbedürfnisse zu ermöglichen und im Sinne der UN-Konvention damit die inklusive Beschulung auszuweiten. Die Kommission „Inklusion“ ist in diesen Prozess eingebunden und wird sie intensiv begleiten.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Fortentwicklung der Offenen Ganztagschulen auch im Bereich der LVR-Schulen. Wer über Demografie, Gendermainstream und flexible Arbeitsverhält-

nisse redet, kann nicht ernsthaft die OGS-Mittel, die natürlich bei unseren Schülerinnen und Schülern wegen ihres individuell erhöhten Förderbedarfs pro Kopf etwas höher ausfallen, kürzen wollen. Auch die Vorgabe, keine weiteren Gruppen zuzulassen, wäre gesellschaftspolitisch eine Katastrophe.

Deswegen haben wir an dieser Stelle durch unseren Haushaltsbegleitbeschluss für Klarheit gesorgt.

Klarheit wäre auch im Bereich der Betreuung der Unterdreijährigen und der damit verbundenen Finanzierungsfragen vonnöten gewesen. Das fraktionsübergreifende Unverständnis über das Gehampel der Verwaltung im LJHA in dieser Frage möchte ich nicht weiter kommentieren. Klar ist durch den Haushaltsbegleitbeschluss: Das Modellprojekt wird bis zum Entstehen des Rechtsanspruches fortgeführt, die vorliegenden Anträge sollen zügig bearbeitet und beschieden werden, eine Gegenfinanzierung haben wir aufgezeigt!

Zum Bereich Gesundheit/HPH gibt es nicht viel zu sagen. Die Beschlüsse zur Investition von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde, sind gefallen.

Die Strukturen sind alle neu geordnet und müssen jetzt mit Leben gefüllt werden. Eine neue Landesrätin ist heute gewählt worden. Sie wird mit einem starken Team die anstehenden Aufgaben meistern!

Ich wünsche Dir, liebe Martina, einen erfolgreichen Weg und freue mich schon sehr auf unsere Zusammenarbeit!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bleibt mir am Schluss, mich zu bedanken. Dank zunächst an die neue LVR-Direktorin, die unter anderem sofort von Psychiatrie zu den WestLB-Problemen wechseln musste,

(Heiterkeit bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

ein gewaltiger Sprung, den sie mit Bravour bestanden hat. Wobei sich der Gedanke aufdrängt, ob sie beim Wechsel zum Irrsinn der WestLB nicht doch gewisse Start-Vorteile – sozusagen aus den Erfahrungen ihres vorigen Amtes – hatte!

Wir alle hier, denke ich, danken für den Einsatz, die gute Informationspolitik und ihre richtigen Entscheidungen!

Es ist uns allen nicht leicht gefallen, sich von der NRW.Bank zu verabschieden, aber in Anbetracht der drohenden Risiken aus unserer Sicht der einzig richtige Weg.

Wir sollten nunmehr politisch versuchen, den LVR-Einfluss im Hinblick auf die Förderpolitik des Landes wieder zu sichern; denn so ganz ohne kommunale Vertretung sollte das dann doch besser nicht vonstattengehen.

Liebe Frau Hötte, Ihnen und Ihrem Team wie immer herzlichen Dank für die Mühe bei der Erstellung des „großen Haushalts-Werkes“ und nochmals für die hartnäckige und zugleich an der Aufgabe orientierte Konsolidierungsarbeit. Wie gesagt, eine echte Leistung! Eine Leistung der Kämmerin, der Kämmerei und der ganzen Verwaltung!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Abschließend sage ich Dank – auch im Namen der SPD-Fraktion – an unsere Partner, Corinna Beck, Stefan Peil, Ralf Klemm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bernd Paßmann, Lars Effertz, Hans-Otto Runkler von der FDP, an die Verwaltungsspitzen Ulrike Lubek und Renate Hötte sowie an mein Fraktionsbüro, Thomas Böll, Leila Soumani, für die außerordentlich gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Da möchte ich, da möchten wir für den LVR noch ganz viel mehr von haben! – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Peil.

Stefan Peil (Bündnis 90/Die GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Bemerkungen vorab: Erstens. Ich werde nicht die grüne Rede vom letzten Jahr halten, obwohl die Anträge der CDU das sehr nahe legen.

(Heiterkeit bei
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ausdrücklich sagen: Es handelt sich dabei nicht um ein Plagiat, sondern die CDU zitiert sich ja selber. Über die Qualität brauche ich daher nichts mehr zu sagen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Diese Rede ist auch nicht aus Bausteinen aus dem Internet zusammengesetzt, sondern auf unserem eigenen Mist gewachsen.

(Ha! Ha! Ha! bei per CDU)

Ich will in diesem Jahr mal mit dem anfangen, was sonst oft am Ende der Reden steht, nämlich mit dem Dank. Der Haushalt ist ja die Stunde der Kämmerin.

Liebe Renate Hötte, wir fühlen uns sehr gut vorbereitet. Wir waren gut informiert,

(Zuruf: Das glaube ich!)

und wir waren dadurch auch handlungsfähig. Deswegen zunächst einmal herzlichen Dank an Frau Hötte und ihr Team.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Danke natürlich auch an die Landesdirektorin für ihre konstruktiven Ideen, ihr Engagement im Prozess der Haushaltskonsolidierung und ihren unglaublichen Einsatz in Sachen WestLB. Liebe Ulrike Lubek, ich denke, dabei war einiges zu stemmen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir bedanken uns natürlich auch bei der grünen Dezernentin Martina Hoffmann-Badache und Frank vom Scheid für die erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen im Sozial- und Personalbereich sowie natürlich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand des LVR und bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung. Wir haben Ihnen ziemlich viel abverlangt, und Sie haben es gebracht. Also vielen Dank dafür.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion für die guten und intensiven Debatten, aber auch bei den

anderen Kolleginnen und Kollegen der Landschaftsversammlung für die Diskussionen.

Aber mein ganz besonderer Dank gilt unseren Partnern in der Gestaltungsmehrheit, die wieder einmal in einem fairen und offenen Prozess bewiesen haben, dass unser Name Programm ist: Wir gestalten!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen zum Haushalt 2011 einen Eckpunktebeschluss als Haushaltsbegleitbeschluss vorgelegt. Darin wird deutlich, dass wir das Rücksichtnahmegebot gegenüber unseren Mitgliedskommunen ernst nehmen. Wir folgen dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs und sparen so für die Städte und Kreise ca. 60 Millionen Euro.

Mit dem Dreiklang von Vermögenseinsatz, Konsolidierung und moderater Umlageerhöhung bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für die kommunale Familie. Wir wissen aber auch, dass der LVR nicht für die Finanzmisere der Kommunen verantwortlich ist.

Ohne die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe, ohne eine nachhaltige Finanzreform zugunsten der Kommunen und ohne die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips wird sich die dramatische Finanzlage der Städte und Kreise nicht wesentlich verbessern. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass die neue Landesregierung nach einer langen Durststrecke endlich den Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung gestellt hat.

Herr Einmahl hat ja ein bisschen zur Haushaltspolitik gesagt. Ich will dazu noch zwei Bemerkungen machen. Sicherlich ist es richtig, dass der Nachtragshaushalt und auch der in Planung stehende nächste Landeshaushalt formal ein Missverhältnis zwischen Schulden und Investitionen aufweisen. Richtig ist aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, dass Herr Dr. Linssen in den letzten Jahren auch nur solche Haushalte vorgelegt hat und die Planungen für den Haushalt 2011 dieses Missverhältnis auch vorgesehen haben.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Nur durch die Annahme einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes konnten diese Haushalte verabschiedet werden.

Und ich sage Ihnen noch etwas: Wenn dieses Land nicht auf den steinzeitlichen Systemen der Kameralistik stehen würde, sondern ein vergleichbares System mit den Kommunen, nämlich das NKF, hätte, wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit das Land gezwungen, Rückstellungen wie zum Beispiel bei der WestLB wegen der Drohverluste vorzunehmen, und wir würden über diese Fragen überhaupt nicht weiter reden. Wir sind jedenfalls erst mal froh, dass diese Landesregierung bereit ist, die Kommunen zu unterstützen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist auch klar, dass wir nicht in erster Linie ein Ausgabenproblem haben – wenn die Zitrone ausgequetscht ist, gibt sie eben keinen Saft mehr her –, sondern ein Einnahmenproblem. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht die kommunale Familie einfach mehr Geld. Ein weiterer Abbau an Leistungen und Personal macht die Kommunen zumindest für einige unbewohnbar. Das gilt gerade für Menschen, die arm, behindert und wenig gebildet sind. Deshalb treten wir auch mit aller Kraft für eine Finanzreform zugunsten der kommunalen Aufgaben ein.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Mit unserem Haushaltsbegleitbeschluss bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für die Menschen im Rheinland, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Wir wollen keine Verschlechterung der Standards für Menschen, die Hilfe und Betreuung brauchen; im Gegenteil: Wir wollen ihnen mehr Autonomie und Selbstbestimmung ermöglichen.

Wir wollen auch nicht einfach alle freiwilligen Leistungen streichen, obwohl das immer noch von manchen als vermeintlicher „Königsweg“ der Haushaltspolitik beschworen wird. Wir wollen das nicht, weil dies in vielen Fällen zu unverantwortlichen Kürzungen der Leistungen für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft führt.

Wir wollen das aber auch nicht, weil gerade freiwillige Leistungen präventiv wirken und dadurch nachhaltig und auf Dauer kostengünstig sind.

(Dr. Klose, SPD: Zum Beispiel?)

Im Übrigen: Auch wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen oder unser komplettes Personal entlassen würden, könnten dadurch die Kommunen nicht ihre Haushalte sanieren. Dafür ist deren Finanzloch viel zu tief.

Meine Damen und Herren von der Opposition, halten Sie es wirklich für erstrebenswert, dass wir beim LVR den gleichen Weg gehen, den viele Kommunen gehen müssen: Einrichtungen schließen, Schulen verrotten lassen, Personal abbauen, Gebäude nicht instand halten? Das ist weder zukunftsfähig noch im Interesse der auf Unterstützung angewiesenen Menschen. Das machen wir nicht mit, und dazu bekennen wir uns auch.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir konsolidieren und gestalten. Beispielsweise im Sozialbereich. Dieses Dezernat musste aufgrund seiner hohen Transferaufwendungen über 50 Millionen Euro konsolidieren. Mit Unterstützung der Verwaltung haben wir deshalb Beschlüsse gefasst, die zu weniger Aufwand führen und gleichzeitig aber den Menschen mit Behinderung die notwendigen Leistungen nicht vorenthalten.

Wir haben ein Modellprojekt für eine anbieterunabhängige Erstberatung beschlossen. Wir haben externe Begutachtungen beauftragt. Und wir haben ein Kombilohnmodell verabschiedet, das mehr Menschen mit Behinderung die Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen wird.

Wir wissen, dass wir an die hohen Transferaufwendungen ran müssen, wenn wir unseren Haushalt nachhaltig entlasten wollen. Das gerade, weil wir wissen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung, die unsere Hilfe brauchen, auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird.

Wir haben deshalb der Verwaltung den Auftrag gegeben, mit der Wohlfahrtspflege intelligente Konzepte im Sinne von „ambulant vor stationär“ zu entwickeln, um damit im Ergebnis nicht nur fachliche Weiterentwicklungen, sondern auch eine Senkung der Aufwendungen pro Fall um zwei Prozent zu erreichen.

Wir meinen das ernst. Wenn die Einsparungen in den Verhandlungen mit den Spitzenverbänden nicht gelingen, müssen wir in Einzelverhandlungen mit den Einrichtungen gehen, um transparent und zielgerichtet das Konsolidierungsziel zu erreichen. Obwohl wir wissen, dass manche Trä-

ger diesen Beitrag nur schwer realisieren können, ist aber auch klar, dass bei anderen Trägern durchaus mehr Potenzial vorhanden ist.

Ursprünglich hatte die Verwaltung vorgeschlagen, die Ferienmaßnahmen für Heimbewohnerinnen und -bewohner ersatzlos zu streichen. Auch die sogenannten „Leuchtturmprojekte“ sollten auslaufen. Wir haben uns darauf verständigt, die Verwaltung mit einer Neukonzeption der Freizeitmaßnahmen zu beauftragen. Wir wollen, dass davon auch Menschen, die nicht in Heimen wohnen, profitieren. Das ist nicht nur aus Fairnessgründen geboten, sondern auch, um unser wichtigstes Ziel voranzubringen: Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Gesamtfinanzierungsplan für die Kliniken belasten wir unseren Haushalt in den kommenden Jahren mit hohen Krediten. Aber es gibt dazu keine Alternative. Wir wollen die Kliniken beim LVR und damit in kommunaler Trägerschaft behalten. Deshalb müssen wir sie konkurrenzfähig und zukunftstauglich aufstellen. Wir müssen dafür etwa 500 Millionen Euro investieren.

Um diesen Prozess zu begleiten und gegebenenfalls nachsteuern zu können, werden wir eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einrichten, die den Sanierungsprozess in finanzieller und bautechnischer Hinsicht begleitet. Eines muss unseren Kliniken bei aller Eigenständigkeit aber auch klar sein: Wir wollen, dass sie bei ihrer Sanierung die gleichen Baustandards einhalten, die wir auch für die Zentralverwaltung beschlossen haben; denn eines hat unser Gebäude- und Liegenschaftsmanagement nachgewiesen: Ökologische Neubauten und Sanierungen entlasten nicht nur die Umwelt, sondern sparen auf Dauer auch sehr viel Geld.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

In der Schulpolitik müssen wir die Weichen in Richtung Inklusion stellen. Wir finden es gut, dass hierzu im Landtag ein einstimmiger Beschluss gefasst wurde. Deswegen hoffen wir, obwohl die CDU das gerade etwas anders sieht, dass zumindest in diesem Bereich kein „Schulkrieg“ entstehen wird.

Wir sind nach wie vor mit steigenden Schülerzahlen an unseren Förderschulen konfrontiert. Klar ist: Bei der gemeinsamen Beschulung von

behinderten und nichtbehinderten Kindern muss das Land den Weg vorgeben. Aber wir müssen auch unsere Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Das heißt, nicht nur restriktiv bei neuen Schulbauten zu sein, sondern zum Beispiel auch zu überlegen, wie wir unsere Schulen für nichtbehinderte Kinder öffnen können. Das erfordert eine individuelle Herangehensweise an jedem Schulstandort.

Unsere Entscheidung, über die Inklusionspauerschule behinderten Kindern einzelfallbezogen den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen, zeigt, was eben alles möglich ist.

Individualisierung ist auch das richtige Stichwort, wenn es um den sogenannten Therapeuteschlüssel geht. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage gezeigt; dass ein starrer Schlüssel von 1 : 16 nicht unbedingt zu besseren Ergebnissen als in Westfalen führt. Auch die Einbeziehung externer Therapeuten klappt beim LWL besser. Wir haben uns dennoch entschlossen, dem Weg der Verwaltung nicht zu folgen, den Schlüssel abzuschaffen und uns den Westfalen einfach anzupassen.

Wir wollen aber den festen Schlüssel aussetzen, weil wir glauben, dass eine flexiblere Steuerung sinnvoll und notwendig ist. Wir sagen aber auch unmissverständlich, der therapeutische Unterstützungsbedarf an unseren Schulen muss vollständig abgedeckt werden.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Je nach Schule ist der Bedarf unterschiedlich. Deshalb ist hier eine Flexibilisierung richtig und auf Dauer sicherlich auch gerechter.

Wir müssen erste Schritte zur Inklusion bereits bei den kleinen Kindern gehen. Das heißt, die von uns beschlossenen Ziele für die Integration von behinderten Kindern in Regelkindergärten müssen ohne Abstriche umgesetzt werden. Wir setzen das Modellprojekt für die Betreuung Unterdreijähriger mit Behinderung unter den bisherigen Bedingungen fort, weil wir es für unverantwortlich halten, dass hier eine Betreuungslücke entsteht, obwohl es ab 2013 einen Rechtsanspruch gibt.

Nach wie vor halten wir die Erinnerungskultur, die wir an sogenannten „Massakerorten“ und bei der Einladung von Zwangsarbeiterinnen leisten, für wichtig und erhaltenswert. Mit Freude haben

wir es zur Kenntnis genommen, dass ein Haushaltsantrag der CDU, der einen Stopp der Projekte forderte, im Landesjugendhilfeausschuss zurückgezogen wurde.

Mit der von der Landschaftsversammlung ausgesprochenen Entschuldigung bei unseren Heimkindern und mit der von uns in Auftrag gegebenen Studie haben wir unsere Verantwortung deutlich gemacht. Wir haben zugesagt, dass wir uns an einem Entschädigungsfonds beteiligen. Ich hoffe, dass endlich auf Bundesebene der Durchbruch gelingt oder zumindest in NRW eine Lösung kommt.

Der Erinnerung an dunkle Zeiten stellen wir uns auch in Vogelsang. Es ist erfreulich, dass jetzt der Startschuss für dieses ambitionierte Projekt gegeben wurde. Mit unseren Netzwerken Kultur und Umwelt unterstützen wir nicht nur deren wichtige Arbeit vor Ort und entlasten damit die Kommunen. Wir tragen damit auch zur Sicherung der kulturellen Vielfalt im Rheinland bei und vernetzen den Landschaftsverband strategisch mit seinen Mitgliedskommunen. Wir wollen diese Netzwerke gemeinsam mit den Kommunen fortführen und weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang möchte ich mal darauf hinweisen, dass oft diejenigen hier am lautesten für eine Umlagesenkung trommeln, denen der Landschaftsverband gar nicht genug Unterstützung bei ihrem Projekt vor Ort geben kann. Nach den zurückliegenden und aktuellen Erfahrungen bei manchen kulturellen Netzwerkprojekten müssen wir aber auch feststellen, dass ohne das notwendige Engagement der Kommunen der LVR überfordert ist, diese Projekte alleine zu stemmen. Es geht nur gemeinsam, und wichtig dabei ist, dass man auch gemeinsam die Früchte erntet.

Ich erinnere an Brühl und an das Max-Ernst-Museum, ein Museum, das ohne den LVR wahrscheinlich nicht mehr existieren und die Sammlung überall verstreut würde. Dort ist die CDU-Fraktion absolut von dem, was wir machen, begeistert. Manchmal vergisst sie auch den LVR bei den Lobeshymnen, während hier die CDU daran denkt, bei den Museen zu kürzen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Um die Projekte des LVR umzusetzen, brauchen wir engagierte, angemessen bezahlte, gesunde

und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben den Beschäftigten des LVR in den vergangenen Jahren einiges zugemutet. Wir haben Besetzungssperren, Beförderungsstops und kw-Vermerke beschlossen. Wir haben das Personalkostenbudget gedeckelt. Und: Aufgrund der Finanzlage soll das auch weiter gelten.

Wir haben aber auch beschlossen, unseren hohen Ausbildungsstandard beizubehalten, Geld für Fortbildung und Qualifizierung bereitzustellen und ein Gesundheitsmanagement beim LVR einzurichten bzw. weiterzuentwickeln. Hier sind noch Verbesserungsmöglichkeiten drin, und die werden wir anregen und begleiten

Wir müssen uns dem demographischen Wandel stellen. In den kommenden Jahren erreichen viele Beschäftigte die Altersgrenze. Ohne zukunftsfähige Strategien für Personalgewinnung und -förderung werden wir unsere Aufgaben nicht bewältigen können. Deshalb wollen und müssen wir hier weiter investieren.

(Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Wir werden keine Personalabbauquote beschließen, wie sie manche Kommunen in ihrer verzeifelten Lage umsetzen müssen und wie die CDU das auch anregt. Wir brauchen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufgaben des LVR.

Um all diese Zukunftsaufgaben zu stemmen, müssen wir unseren finanziellen Spielraum erhalten. Gemeinsam mit der Verwaltung fahren wir einen Konsolidierungskurs, der auf die Situation der Städte und Gemeinden Rücksicht nimmt, der es aber auch vermeidet, in die Haushaltssicherung zu kommen.

Wir unterstützen deshalb den Vorschlag der Verwaltung, für das Jahr 2011 einen Umlagesatz von 17 Prozentpunkten zu verabschieden. Aufgrund der eingebrochenen Berechnungsgrundlagen führt dies ja im Wesentlichen zu einer Stabilisierung der Einnahmen aus der Umlage.

Sollten die in der neuen Modellrechnung in Aussicht gestellten Einnahmeverbesserungen kommen, werden wir die Kommunen entlasten. Da dies aber noch höchst unsicher ist und wir keine ungedeckten Schecks herausgeben wollen, werden wir die Entlastung geeigneterweise beispiels-

weise in einem Nachtragshaushalt oder anders vornehmen.

Wenn wir die aktuellen Veränderungsnachweise lesen, dann ist erfreulich, dass es auch in den kommenden Jahren beim LVR keine Achterbahnfahrt bei der Umlage geben wird. 2012 bis 2014 soll es bei 17 Prozentpunkten bleiben. Verlässlichkeit und Kalkulierbarkeit bleiben damit das Kennzeichen unserer Haushaltspolitik.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Also alles in Butter? Natürlich nicht. Ich darf nur auf die anfangs geschilderte Finanzmisere der öffentlichen Kassen hinweisen, und als Teil der kommunalen Familie sind wir natürlich davon auch betroffen.

Aktuell müssen wir uns große Sorgen um die Entwicklungen bei der WestLB machen. Durch die Ziehung der Direktoption bei der NRW.Bank sind wir zwar von diesen Risiken entlastet, und im Haushalt haben wir bereits eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Allerdings weiß niemand von uns, wenn es überhaupt jemand weiß, wie viel an weiteren Belastungen bei der WestLB noch auf uns zukommt. Nach wie vor bin ich fassungslos, dass wir einer durch Fehlspekulationen, Profitgier und Missmanagement zugrunde gerichteten Bank Geld hinterherschmeißen müssen; Geld, das wir dringend brauchen, um den auf unsere Unterstützung angewiesenen Menschen zu helfen. Das finde ich empörend; das bleibt ein Skandal!

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Die älteren Mitglieder der Landschaftsversammlung werden sich ja noch daran erinnern, wie in der letzten Periode Herr Fischer, damals Vorstandsvorsitzender, hier eine arrogante Rede hielt. Er ist es ja nicht lange geblieben und ist seinen Vorgängern gefolgt.

Viel weniger Sorgen mussten wir uns bei den Haushaltsanträgen der Opposition machen. Die CDU hat „Dinner for one“ gespielt, und auf die Frage „Same“ Anträge „as last year?“ geantwortet: „Same“ Anträge „as every year“. Ich finde das ein bisschen dünn, aber so konnten wir sagen: Die gleiche Ablehnung wie im letzten Jahr.

Und zu den drei auf den letzten Drücker nachgereichten Anträgen: Dort haben wir schon wieder Fristprobleme. Aber sie sind ohne roten Faden und teilweise absurd, wenn ich mir die Bezüge zur Landespolitik ansehe. Aber Sie können sie natürlich im nächsten Jahr wieder einbringen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Da haben sich Die Linken und die Freien Wähler mehr Mühe gegeben, und wir haben diese Anträge auch ausführlich diskutiert. Dennoch ist es nicht ausreichend, wenn Die Linke überall nur noch eine Schippe drauflegen will und sich um die Finanzierung nicht ausreichend Gedanken macht. Das ist schon sehr einfach.

Allerdings sind manche Hinweise im Bereich Personal durchaus bedenkenswert, was die Kliniken angeht. Das werden wir dann in den Krankenhausausschüssen diskutieren. Da gehört das Thema hin.

Zumindest in einem Punkt sind die Freien Wähler nahe bei uns. Genau wie wir wollen sie in einem Nachtragshaushalt die Kommunen entlasten. Wir sind aber völlig auseinander, wenn Sie die Förderung der Biologischen Stationen um die Hälfte kürzen wollen. Deren Unterstützung sichert nicht nur diese wichtige Arbeit vor Ort, sondern ist für den LVR auch eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Da frage ich Sie: Freunde, Freunde, was tut Ihr da? – Noch weniger überzeugend ist die Idee, dass die Kultureinrichtungen ihre Eintrittsgelder um 20 Prozent erhöhen will und dadurch der Sozialetat subventioniert werden soll.

Wir betreiben keine finanzielle Flickschusterei, sondern legen ein schlüssiges Gesamtkonzept vor. Konsolidierung dort, wo sie sozialverträglich möglich ist, und Investitionen dann, wenn die Menschen im Rheinland auf unsere Unterstützung angewiesen sind.

Mit unserem Eckpunktebeschluss geben wir dem LVR-Haushalt nicht nur für dieses Jahr, sondern auch mittelfristig die Richtung vor.

Deshalb stimmen wir selbstverständlich dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2011 zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Effertz.

Effertz (FDP): „Eine Krise kann jeder Idiot haben. Was uns zu schaffen macht, ist der Alltag.“ Das, sehr geehrter Herr Präsident Dr. Wilhelm, verehrte Frau LVR-Direktorin Ulrike Lubek, meine Damen und Herren vom LWL, liebe Kämmerin Renate Hötte, geschätzte Herren Landesräte, liebe Frauen Landesrätinnen,

(Allgemeine Heiterkeit
ob der langen Anrede)

sagte einst Anton Tschechow, und ich finde, das passt ganz hervorragend zur aktuellen Situation im LVR; denn neben der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es doch vor allem das alltägliche Geschäft, das es uns zunehmend schwieriger macht zu gestalten: der Alltag ständig steigender Fallzahlen.

Doch darf ich zu Beginn ganz kurz Frau Wenzel-Jankowski noch mal herzlich zu ihrer Wahl gratulieren. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Und ich sage Ihnen: Die FDP-Fraktion wird Sie in Ihrer schwierigen Aufgabe, die Kliniken auch in der Zukunft fit zu halten, die HPH deutlich fit zu halten, unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

An der Stelle, lieber Herr Einmahl: Es gab so viele Möglichkeiten, hier auch mal einen guten Eindruck zu machen. Warum lassen Sie alle ungenutzt?

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Kollegen, die FDP Fraktion will gestalten – auch in schlechten Zeiten.

„Schlechte Zeiten“ bezieht sich ausschließlich auf die aktuelle finanzielle Situation im LVR und in der kommunalen Familie insgesamt.

Im Finanzausschuss und auch eben in Ihrer Rede sprachen Sie von der gemeinsamen Verantwortung. Ich freue mich, dass Sie im siebenten Jahr der Gestaltungsmehrheit nun die gemein-

same Verantwortung sehen. Doch wie damals muss ich leider feststellen: „Worte, Worte, nichts als Worte!“

Und so bleibt es wieder mal bei uns, die Verantwortung für den LVR und natürlich die Verantwortung für diesen Haushalt zu übernehmen. Wir tun das gern. Wir übernehmen Verantwortung. Wir gestalten auch in schlechten Zeiten. Und wir laden nach wie vor alle Fraktionen ein, mit uns zu gestalten.

Für Die Linke gilt der Versuch. Sie haben in einer Reihe von Sachanträgen Ihre Ziele deutlich gemacht. Wir haben sie in diversen Ausschüssen diskutiert, doch liegen dort unsere Vorstellungen einfach zu weit auseinander, sodass wir Ihren Anträgen auch nicht zustimmen konnten.

Bei Ihnen, liebe Kollegen von den Freien Wählern/Deine Freunde, ist es ebenso. Sie haben in einer Reihe von Anträgen Ihre Ziele und Vorstellungen klar und deutlich gemacht. Wir haben nur leider im Ergebnis häufig festgestellt, dass wir doch noch ein Stück weit auseinander sind.

Es gibt aber auch Bereiche, wo wir sehr nahe beieinander sind. Das ist die Frage und Ihre Forderung nach einem Nachtragshaushalt für den Fall, dass das GFG so kommt, wie die Landesregierung es vorsieht.

Dort stimmen wir inhaltlich mit Ihnen voll überein. Dort war nur die Frage nach dem Instrument letztendlich der Grund unserer Ablehnung.

Es gibt auch einige Punkte, bei denen wir trotz aller Differenzen fast Einstimmigkeit in den Ausschüssen erzielt haben. Hier ist das Stichwort: Therapeutenschlüssel. Hierzu haben viele meiner Vorredner schon etwas gesagt. Doch ein Punkt ist auch mir sehr wichtig: Jedes Kind bekommt die Therapie, die es vom Arzt verordnet bekommt. Wie das sichergestellt werden kann, ist jetzt Aufgabe der Verwaltung: in Abstimmung mit den Betroffenen ein neues Konzept zu erarbeiten.

An diesem Punkt danke ich ausdrücklich unserer Kämmerin Renate Hötte, der LVR-Direktorin Ulrike Lubek und allen Damen und Herren Landesräten, dass sie es geschafft haben, ein Sparpotenzial von mehr als 61 Millionen in der Verwaltung zu erarbeiten.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Diese interne Konsolidierung ist eine wirklich herausragende Arbeit gewesen, die auch innerhalb der kommunalen Familie mit viel Lob und Anerkennung gewürdigt wurde.

Und wenn wir uns dieses Konsolidierungspaket einmal en detail ansehen, dann fällt schnell auf, dass hier viele Punkte angesprochen sind, die nur durch wirkliche Kärnerarbeit bis hinunter zu einzelnen Sachbearbeitern erarbeitet werden konnten. Ich danke daher allen Mitarbeitern in der Stammverwaltung und in den Außenstellen für diese Arbeit und das Engagement in der Sache, das weit über den Dienst nach Vorschrift hinausgeht.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir stehen ja auch gemeinsam vor einer Aufgabe, die mit Dienst nach Vorschrift nicht zu bewältigen ist – in der Verwaltung und auch in der Politik. Denn auch wir Politiker sind in dieser Situation stark gefordert. Es gilt, eigene Beschlüsse aufzuheben und unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Da reicht es leider nicht aus, einfach nur auf Wiedervorlage zu drücken.

Im letzten Jahr haben wir gesagt, wir sparen, wo es sinnvoll ist, und investieren da, wo es nötig und vor allem klug ist. Wir sind bereit, freiwillige Ausgaben zu tätigen, wenn sie mittel- und langfristig zu Einsparungen führen.

Wir gehen dieses Jahr noch einen Schritt weiter und sagen: Wir investieren in präventive Programme, wenn wir es damit schaffen, mittel- und langfristig bei uns und den Mitgliedskörperschaften Steuergelder einzusparen. Und das in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden; denn gerade weil wir ein Umlageverband sind, ist es unsere Aufgabe, hier den Schulterchluss zu suchen.

Was heißt das denn für diesen Haushalt konkret? Eine Einnahmelücke von 217 Millionen Euro galt es zu verarbeiten. Dazu haben wir uns auf einen Dreiklang verständigt: Konsolidieren, Vermögen einsetzen und, weil das leider bei aller Anstrengung nicht reicht, auch eine Erhöhung des Umlagehebesatzes auf 17,0 Prozent zu beschließen, wobei ich Wert auf die Tatsache lege, dass damit die Mitgliedskörperschaften insge-

samt nur so viele Euro an uns zahlen, wie sie es bereits im letzten Jahr getan haben.

Sie sehen also, was möglich ist – auch in schwierigen Zeiten, wenn man sich denn der Verantwortung stellt!

Dass Sie, liebe Kollegen von der Union, jedoch einfach die Anträge des letzten Jahres aufwärmen, ist nun weder originell noch zielführend. Dass Sie zudem Ihre Haushaltsanträge in die Beratung bringen, bevor Sie in Ihrer eigenen Fraktion die Haushaltsberatungen durchgeführt haben, fand ich persönlich sehr interessant; denn wenn wir als FDP-Fraktionsvorstand so etwas versucht hätten, wäre uns die eigene Fraktion aufs Dach gestiegen. Und womit? Mit Recht!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn unsere Mitglieder wollen aktiv mitgestalten, und ich weiß, dass es auch in Ihrer Fraktion, Herr Einmahl, viele gibt, die auch aktiv mitgestalten wollen.

(Einmahl, CDU: Das tun wir
alle! Seien Sie beruhigt!)

– Sie müssen gar nicht so schreien. Ich bin ja nicht schwerhörig. Ich ignoriere Sie bloß.

(Große Heiterkeit und Beifall bei FDP
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Aber bedenken Sie doch einmal, wohin Ihr Verhalten führt und was Sie damit politisch erreichen! Ich befürchte ja, dass Sie Gefahr laufen, irgendwann von der Mafia als Einbrecher angeworfen zu werden. Die sucht ständig Leute, die keine Spuren hinterlassen.

(Heiterkeit bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir beschließen heute also einen Umlagehebesatz von 17,0 Prozent und sagen allen Mitgliedskörperschaften: Wenn das GFG 2011 so kommt, wie die Landesregierung es im Entwurf vorhat, dann werden wir darauf reagieren.

Wir haben angekündigt, nicht mehr einnehmen zu wollen als im letzten Jahr, das heißt als unbedingt notwendig ist, und wir werden das Versprechen auch einhalten – getreu dem Motto: „An den Taten sollt Ihr sie erkennen ...“

Denn eines zeichnet diese Gestaltungsmehrheit aus: eine transparente, seriöse und verlässliche Finanzpolitik.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Eine Umlagehebesatzanhebung zu beschließen, ist alles andere als eine leichte Aufgabe. Wir haben diesen Punkt intensiv beraten. Wir haben die Situation der Mitgliedskörperschaften gegen die finanziellen Herausforderungen des LVR und auch sein Rücksichtnahmegebot sorgfältig abgewogen. Wir haben uns intensiv mit Möglichkeiten der Konsolidierung – oder sagen wir besser: des Sparens – beschäftigt.

Wir haben den Punkt Veräußerung von Vermögen ausgiebig diskutiert und uns immer die Fragen gestellt: Was bringt es? Wie viel bringt es? Und können wir das so einsetzen, dass wir auch morgen noch etwas davon haben? Nachhaltigkeit ist hier das Stichwort.

Für uns ist es also wichtig, dass wir nicht einfach nur Vermögen verkaufen, sondern wenn wir Vermögen verkaufen, dann nicht für irgendwelche einmaligen Effekte. Wenn wir Vermögen verkaufen, dann muss der Erlös dazu dienen, den Haushalt in seiner Struktur besser aufzustellen.

Wir haben dann aber doch festgestellt: Wir sparen, wir verkaufen Vermögen, und es wird trotzdem nicht gelingen, mit den Einnahmen auszukommen.

Ganz einfach, weil wir insgesamt fast 90 Prozent an sozialen Leistungen zu erbringen haben und die Fallzahlen in jedem Bereich ständig weiter steigen. Daraus folgt leider die Tatsache, dass wir intern in der Haushaltsstruktur wenig Spielraum haben, Ausgaben gegeneinander auszugleichen oder auch intern defizitäre Bereiche durch ertragreiche Bereiche subventionieren zu können.

Jede Stadt hat hier strukturell etwas mehr Spielraum, weil dort soziale Transferaufwendungen nicht zwangsläufig 90 Prozent des Haushalts ausmachen.

Jetzt kann ich natürlich diese Situation bemängeln und Land und Bund auffordern, hier stärker einzusteigen; doch bringt mir das für diesen Haushalt aktuell heute wenig.

Was können wir denn also heute konkret tun? Wir haben ja die Frage des Dreiklangs beantwortet; denn so, wie wir in guten Zeiten einen Dreiklang aus sinnvoller Aufgabenerfüllung, Umlage-senkung und Schuldentilgung beschlossen haben, beschließen wir jetzt einen Dreiklang aus Sparen, Vermögenseinsatz und Umlagesatzanpassung.

Das ist nachvollziehbar, das ist seriös, und das ist auch verantwortbar, weil es verlässlich ist; denn wir gestalten auch in schwierigen Zeiten!

Das heißt zum Beispiel:

- Die Sachaufwandsbudgets der Folgejahre werden gedeckelt.
- Das Vermögen wird nur für Zwecke eingesetzt, die den Haushalt nachhaltig entlasten.
- Das Personalbudget wird weiter gedeckelt. Und dabei schaffen wir es, die hohe Ausbildungs- und Qualifizierungsquote trotzdem beizubehalten und das erfolgreiche Trainee-programm fortzusetzen.

Wir fordern unsere energiesparenden Baustandards auch für Gebäude, die von Dritten für den LVR errichtet werden; denn nur so können wir Energiekosten einsparen und nachhaltig bauen.

Wir fordern zukünftig Entgelte für die Nutzung unserer Sportstätten.

Diese Einnahmen und die Einsparungen in diesem Bereich werden dann allerdings wieder zielgerichtet für die erhöhte Betreuungspauschale im OGS-Bereich verwandt.

Wir unterstützen die Verwaltung ausdrücklich bei ihrem Verhandlungsziel, die Entgelte in der Eingliederungshilfe um zwei Prozent zu senken. Und natürlich fordern wir gleichzeitig die Bundesregierung auf, die Kommunen in ihrer sozialen Verantwortung nicht alleine zu lassen, zumal der Bund ja die meisten dieser Gesetze beschließt.

Wir fordern ein Bundesteilhabegeld und ein eigenes Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderung.

Sie sehen: Wir gestalten – auch in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der FDP)

Wir sparen, wo möglich, und investieren, wo nötig. Wir gehen die großen Brocken an:

- Deckelung der Sachkosten,
- Budgetierung der Personalkosten und
- Senkung der Entgelte in der Eingliederungshilfe.

Nur so können wir den Haushalt strukturell besser aufstellen.

(Zuruf von der CDU: Abschaffung der Dienstwagen!)

Dagegen gibt es Einsparvorschläge der Union, die freundlich mit dem Wort „seltsam“ beschrieben werden können. Da wollen Sie auf der einen Seite den Therapeutenschlüssel ganz abschaffen und nicht, wie wir, nur aussetzen. Sie gehen da einen Schritt weiter. Das ist okay; das kann man fordern. Doch wenn Sie das fordern, dann verstehe ich nicht, dass Sie im Personalausschuss gegen die Besetzungssperre dieser zusätzlichen Therapeutenstellen aufgrund der Fallzahlentwicklung stimmen.

Sie wollen den Schlüssel also abschaffen, aber die Stellen besetzen? Das ist, bei aller Liebe, nun wirklich nicht logisch.

(Boss, CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Ich sprach vom Personalausschuss. Herr Boss, da haben Sie gerade nicht zugehört.

Oder auch Ihre seltsame Rechnung zu den Reisekosten der Ausschüsse.

(Ja! bei der CDU)

– Ja, ja; jetzt sind wir beim Punkt. Jetzt geht es los.

Sie fordern also, künftig auf Ausschussreisen zu verzichten, und wollen die dadurch einzusparenden Mittel in Höhe von 300.000 Euro für Ferienmaßnahmen einsetzen. Diese Ferienmaßnahmen kosten aber weit über eine Million im Jahr.

(Zurufe von der CDU)

So weit, so schlecht. Doch wenn ich jetzt noch genauer hinschaue, dann stelle ich fest, dass die Gesamtkosten aller Ausschussreisen in der gesamten letzten Legislaturperiode insgesamt nur 140.000 Euro betragen. Was Sie ja auch wissen,

denn Sie haben sich die Zahlen von der Verwaltung eigens aufstellen lassen.

Liebe Kollegen von der Union, wie wollen Sie nun 300.000 Euro jährlich bei einer Position einsparen, die überhaupt nur 140.000 Euro in fünf Jahren ausgegeben hat?

(Dr. Klose, SPD: Das Prinzip ist Luft!)

Glauben Sie, jeder nicht ausgegebene Euro würde sich über die Tatsache der Nichtausgabe automatisch vervielfachen?

(Zustimmung und Beifall bei FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das verstehe ich in der Tat nicht! Daher gebe ich Ihnen Recht, Herr Einmahl. An der Stelle kann ich Ihnen intellektuell nicht folgen.

(Zustimmung und Beifall bei FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Früher wurde ja den Freunden der SPD bisweilen auch von Liberalen, habe ich gehört, vorgeworfen, Sozis könnten nicht rechnen. Im LVR jedenfalls laufen Sie Gefahr, dass es irgendwann heißt: Unionisten können nicht rechnen. Das würde allerdings Ihrem finanzpolitischen Sprecher nicht gerecht!

Wenn wir uns nun ernsthaft mit dem Haushalt beschäftigen und das ein oder andere parteipolitische Spielchen einfach mal lassen, dann wird uns schnell eines klar: Der LVR steht vor einer riesigen Herausforderung. Und ich wünsche mir ernsthaft, dass wir damit seriös und verantwortungsbewusst umgehen, und zwar alle.

Ich wünsche mir Anträge der Fraktionen, mit denen ich mich in der Tat auch intellektuell auseinandersetzen muss. Ich wünsche mir die Auseinandersetzungen um den richtigen Weg; den Weg, der die Leistungsfähigkeit auf Dauer sichert.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Lassen Sie uns den Alltag bewältigen! Denn: Wir wollen auch in schlechten Zeiten noch gestalten.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Detjen.

Frau Detjen (Die Linke): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir sollen heute – jetzt ist es schon mehrfach so genannt worden – über einen Konsolidierungshaushalt abstimmen, der aus unserer Sicht in Wahrheit ein Kürzungs- und Streichhaushalt ist. Begründet wird dies mit der Einnahmesituation des LVR und den weiter steigenden Pflichtleistungen.

In dieser Situation möchte die Gestaltungsmehrheit – und das sage ich ausdrücklich: Das wollen auch wir; deshalb bin ich froh, dass wir die Abstimmung teilen können – die Landschaftsumlage auf 17 Prozent erhöhen. Das bringt zwar prozentual eine größere Belastung der Städte und Kreise, aber keine wirkliche Einnahmesteigerung.

Dennoch: Die Finanzsituation der Städte und Gemeinden ist schwierig. Meine Vorredner haben es schon angesprochen.

Deshalb brauchen alle Kommunen und auch der LVR vor allem eines für die Erfüllung ihrer Aufgaben: verlässliche Einnahmen.

(Beifall bei Die Linke)

Dazu gehört die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Das gilt auch, wie unsere Anfrage gezeigt hat, im Landschaftsverband, wo wir uns für den Maßregelvollzug wünschen, dass es tatsächlich komplett eingehalten wird. Das gilt dafür, dass die Einnahmen der Kommunen gesichert werden müssen.

Ich bin mir sicher: Ohne Sicherung der Kommunal Finanzen, ohne Reform der Eingliederungshilfe, ohne Erhöhung der Landeszuweisungen wird die Situation auch des Landschaftsverbandes auf Dauer prekär bleiben. Da nützen uns nicht einer, zwei oder drei Konsolidierungshaushalte. Wir brauchen eine andere Einnahme.

Bisher haben jedoch alle verantwortlichen Parteien dazu beigetragen, dass die Kommunen ausbluten, dass ihnen Lasten aufgebürdet werden, die nicht finanziert werden. Geld ist genug da in dieser Gesellschaft. Es muss nur so besteuert werden, dass die öffentlichen Aufgaben erfüllt werden können.

(Beifall bei Die Linke)

Eine weitere Gefahr für die Finanzen des LVR droht aus der Beteiligung an der WestLB. Jetzt

sind wir aus der NRW.Bank ausgestiegen. Aber trotzdem wissen wir nach wie vor nicht, welche Belastungen aus der WestLB, aus der ersten Abwicklungsanstalt und aus den Haftungsrisiken auf den Landschaftsverband zukommen.

Das Abenteuer WestLB zeigt: Renditewahn und Profitgier bereichern nur wenige – und belasten die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Zustimmung bei Die Linke)

Sie führen zu Standardsenkungen und zum Verlust an Lebensqualität für viele.

Das Abenteuer WestLB wird die vorgesehene Rücklage von 120 Millionen Euro auffressen. Und damit ist deutlich: Ein großer Teil der Kürzungen und Streichungen, die in diesem Haushalt vorgesehen sind, wären ohne das Abenteuer WestLB nicht notwendig.

(Zustimmung bei Die Linke)

Sehr geehrte Frau Lubek, sehr geehrte Frau Hötte, sehr geehrte Herren und Damen von der Verwaltung, ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken: Sie haben die Politik umfassend und transparent über alle WestLB-Vorgänge informiert. Wir konnten die von Ihnen vorgeschlagenen und vorgenommenen Maßnahmen in Kenntnis dessen, was wir beschließen, unterstützen.

Ich weiß aus meiner eigenen Partei, dass das in anderen Institutionen längst nicht so gewesen ist. Transparenz in solch einer wichtigen Frage ist unerlässlich für die Entscheidungsfindung.

(Zustimmung bei Die Linke)

Meine Damen und Herren, die Streich-Konsolidierung scheint das Gebot der Stunde zu sein. Wir alle wissen aber: Das ist mit schmerzhaften Eingriffen in die Lebensverhältnisse von Menschen verbunden. Sie trifft vor allen Dingen Menschen mit Behinderungen.

Für die Die Linke ist der Maßstab zur Beurteilung solcher Maßnahmen: Nützen sie der Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, befördern sie die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben?

Die vorgeschlagenen Kürzungen werden uns auf einen falschen Weg bringen. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Men-

schen mit Behinderungen ist kein Sparmodell. Sie erfordert Anstrengungen in der ganzen Gesellschaft.

(Zustimmung bei Die Linke)

Nun zu den Konsolidierungsmaßnahmen: Sie halten fest an den – ich zitiere aus dem Vorbericht – „restriktiven Regelungen der Personalbewirtschaftung“; Regelungen, die so restriktiv sind, dass immer noch sachlich nicht begründete befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. In einigen Kliniken sind sie schon wieder abgeschlossen worden, obwohl die politische Beschlussfassung eine andere ist.

Das ist bei einem Teil der Therapeutinnen an den Schulen so: Vertrag läuft aus, Stelle wird nicht neu besetzt – siehe Düren. So sinkt dann, wie beabsichtigt, der Therapeutenschlüssel. Damit sollte jetzt wirklich endlich Schluss sein.

(Zustimmung bei Die Linke)

Der LVR wird – das ist eben auch schon angesprochen worden – in Zukunft noch ein ganz anderes Problem bekommen: Die demografische Entwicklung wird es auch für uns schwieriger machen, neues und gutes Personal zu gewinnen. Und wenn wir das Personal restriktiv behandeln, erst recht.

Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass wir in diesem Jahr und 2013 ein Zusatzproblem auf dem Ausbildungsmarkt bekommen werden, mit dem wir uns vielleicht auch einmal befassen sollten. Der Wegfall der Wehrpflicht und die doppelten Abitursjahrgänge werden einen noch ganz anderen Druck auf uns ausüben, und wir müssen uns überlegen, ob wir einfach so bei der Ausbildungsquote bleiben können oder nicht doch Sondermaßnahmen ergreifen sollten.

(Zustimmung bei Die Linke)

Sehr geehrte Damen und Herren von der Gestaltungsmehrheit, Sie haben mit dem Antrag 13/96 einen Interpretationsbeschluss zum vorliegenden und für künftige Haushalte vorgelegt. Sie stellen praktisch wesentliche Teile Ihres Koalitionsvertrages zur Abstimmung. Das kann man so machen, aber man muss nicht erwarten, dass die anderen Nichtbeteiligten zustimmen.

(Klemm, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Doch!)

Im letzten Jahr haben Sie alle Anträge der Linken mit der Feststellung abgelehnt, sie hätten nicht mehr in den Fachausschüssen beraten werden können. Jetzt kam Ihr Eckpunkte-Antrag so spät – ich habe es mir genau angeguckt; am 24. Januar ist er in LVIS eingestellt worden –, dass er nicht einmal mit der notwendigen Antragsfrist in relevanten Ausschüssen – und ich finde, HPH und Schulausschuss sind es – beraten werden konnte.

(Zustimmung bei Die Linke)

Einzelnen Punkten Ihres Antrags könnten wir durchaus zustimmen. Sie haben zwei Anträge von uns auf Ihre Weise aufgegriffen, weshalb wir sie auch zurückgezogen haben: die Zuschüsse für Ferienmaßnahmen, die Ausweitung der Freizeit- und Ferienunterstützung für Menschen im betreuten Wohnen sowie die Aufrechterhaltung der individuellen Freizeitmaßnahmen und der Leuchtturmprojekte.

In welchem Umfang und mit welchen Mitteln dies geschehen soll, bleibt zumindest für die Mitglieder der Landschaftsversammlung, die nicht der Gestaltungsmehrheit angehören, im Dunkeln.

(Zustimmung bei Die Linke)

Die CDU will die Ferienmaßnahmen ebenfalls erhalten, legt aber Rechenkunststücke vor – ich will sie nicht noch einmal wiederholen –, die wirklich nicht haltbar sind. Die sogenannten Konsolidierungsbeiträge jedoch, die tatsächlichen Kürzungen im Haushaltsplan, bleiben bestehen. Das lehnen wir ab. Denn was heißt das konkret?

Wollen Sie wirklich Menschen mit Behinderungen den Zuschuss zum Vereinsbeitrag oder zum Fußballticket wieder wegnehmen – das ist das Gegenteil von Inklusion –, nachdem sie diese Zuschüsse im letzten Jahr erhalten haben? Das ist das Gegenteil von Inklusion.

(Zustimmung bei Die Linke)

Die Kürzung der Zuschüsse zu Ferienmaßnahmen, die ja stattfinden wird, wird flächendeckend dazu führen, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Urlaub vom Munde absparen müssen und dass gesellschaftliche Veranstaltungen – wie Ausflüge oder einmal im Urlaub mit der Gruppe essen gehen – entfallen. So verschärft

sich die Abschottung – und das ist das Gegenteil von Teilhabe.

(Zustimmung bei Die Linke)

Dasselbe gilt für die Aussetzung des Therapeuteschlüssels an den LVR-Schulen. Sie erklären zwar, dass er bedarfsgerecht bleiben sollte. Der Haushaltsansatz jedoch bleibt der gleiche wie im Entwurf.

Viele Eltern sind tief besorgt und haben das in vielfachen Schreiben, aber auch durch Anwesenheit in verschiedenen Ausschuss-Sitzungen und auf dieser Veranstaltung zum Ausdruck gebracht.

Sie führen den Landschaftsverband Westfalen-Lippe als Beispiel an. Dort ist die Situation jedoch alles andere als rosig. Selbst die Schulleitungen protestieren inzwischen.

Ich zitiere aus der Stellungnahme des Arbeitskreises der Schulleitungen der KME*-Schulen: „Bereits die jetzige Arbeitsverdichtung (vor allem durch den Druck einer zu hohen Therapieauslastung ...) führt bereits zu einer oft grenzwertigen pädagogischen Situation.“

Ist es das, was Sie anstreben? Die Gestaltungsmehrheit erklärt, der LVR wolle in diesem Bereich Mehreinnahmen aus anderen Quellen erzielen. Das sieht jedoch der Haushaltsentwurf auch längst vor. Wenn die Verwaltung bislang nicht alles unternommen hat, um andere mögliche Finanzierungsquellen heranzuziehen, wird es jetzt allerhöchste Zeit. Dazu muss man aber nicht Eltern und Kinder in Unruhe und Besorgnis versetzen.

(Zustimmung bei Die Linke)

Wir könnten uns gut dem Vier-Punkte-Plan der Schulpflegschaften anschließen. Das wäre wenigstens eine Mindeststandardsicherung.

Die Linke erkennt an, dass die Verwaltung im Rahmen der Konsolidierung bemüht ist, die gesetzlich bestehenden Einnahmequellen besser zu nutzen. Das ist tatsächlich ein solider Beitrag zur Konsolidierung.

Nicht solide, meine Damen und Herren, sind die Vorschläge der CDU-Fraktion. Die Wiederauflage der letztjährigen Anträge ist wenig hilfreich. Wahrscheinlich haben Sie, genau weil es nicht

so ist, den Innovationsantrag in diesem Jahr vergessen.

(Heiterkeit bei der LINKEN, bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mal so eben aus dem Handgelenk die Erhöhung der Landschaftsumlage auf nur 16,5 statt auf 17 Prozent zu beantragen, wie Sie es heute und im Finanzausschuss getan haben, ohne uns mit einer schriftlichen Vorlage zu beglücken – ich könnte ja auch beantragen: Machen wir doch 17,5 Prozent; aber das machen wir nicht –, halte ich für ziemlich waghalsig und unsolid.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Gestaltungsmehrheit, Sie wollen einen sogenannten Dreiklang der Konsolidierung beschließen; bestehend zum einen aus der Inanspruchnahme von Teilen der Ausgleichsrücklage und der Erhöhung der Landschaftsumlage. Da sind wir ja dabei.

Zum anderen sollen die Dezernate einen Kürzungsbeitrag anteilig zu ihrem Anteil am Haushalt erbringen. Das aber ist nichts anderes als das Rasenmäherprinzip – gleichmäßige Kürzung über alle Dezernatshaushalte. Über dieses Steinzeit-Verfahren sind viele Kommunen wie zum Beispiel die Stadt Köln schon längst wieder hinaus.

Wenn knapp 90 Prozent der Ausgaben des LVR Pflichtausgaben sind, kann dieses Verfahren nicht aufgehen. Deshalb lehnen wir es ab.

(Beifall bei Die Linke)

Wir hegen die begründete Befürchtung, dass mit den genannten Kürzungen die Unterstützung von Menschen beschnitten wird, die sich wenig zur Wehr setzen können und für die Verwaltungsvorgänge oft genug als ein Buch mit sieben Siegeln oder wie schwer überwindbare Hürden erscheinen. Wenn diese Gesellschaft Inklusion will – und mit der Unterzeichnung der UN-Konvention hat sie dies bekundet –, muss sie andere Wege beschreiten als die kleinliche Behandlung der Ansprüche von Menschen mit Behinderungen. Dann müssen Land und Bund für eine angemessene Finanzierung sorgen, und der LVR muss sich anstrengen, alle Mittel, die möglich sind, einzutreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Haushalt ist ein Haushalt auf Kosten der

Beschäftigten. Die vorgesehenen Kürzungen werden zu Lasten von Kindern und erwachsenen Klientinnen und Klienten gehen. Sie befördern nicht die Inklusion, sondern bewirken das Gegenteil.

Darum wird Die Linke den vorliegenden Haushaltsantrag ablehnen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei Die Linke)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort für die Freien Wähler/Deine Freunde hat Herr Zimmermann.

Zimmermann (Freie Wähler/Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Erste Landesrätin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 2010 erhält die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde heute anlässlich Haushaltsplanberatung und -verabschiedung zum zweiten Mal die Gelegenheit, ihre Positionen darzustellen. Wir bedauern es selber sehr, dass wir heute nur in halber Stärke angetreten sind, und bitten, die fehlenden Kollegen zu entschuldigen.

Erschien die Dramatik der Finanzen bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 eigentlich als nicht mehr steigerungsfähig, konnte man in den vergangenen Monaten lernen, dass offenbar die Spitze des finanziellen Desasters noch lange nicht erreicht ist und sich dazu noch handwerkliche Fehler bei Kalkulationen im Land gesellen, die die Frage aufkommen lassen, ob hier eigentlich noch ein, im finanziellen Sinne gesehen, funktionierendes Staatswesen oder eine Art „Notstandsregierung“ an den Start gehen.

Es ist eine Binsenweisheit: Übersteigen über einen längeren Zeitraum die Ausgaben die Einnahmen, wirkt sich dies auf Dauer ungesund aus. Exakt diesen ungesunden Lebensstil finden wir aber in allen staatlichen und mit wenigen Ausnahmen auch kommunalen Haushalten.

Und so stellt sich die Situation in den Haushalten unserer Gebietskörperschaften dramatisch dar: Ein Rekorddefizit von über 10 Milliarden Euro in den Kommunen der Bundesrepublik Deutschland führt auch in NRW dazu, dass sich die Haushaltslage der Kommunen desaströs darstellt.

Um dies hier noch einmal zu vergegenwärtigen, möchte ich den Kämmerer des Kreises Minden-Lübbecke, Hartmut Heinen, laut „Neuer Westfälischer Zeitung“ zitieren:

45 Prozent aller kommunalen Haushalte in NRW werden 2010 einen defizitären Haushalt haben. Von den 359 Mitgliedskommunen im Städte- und Gemeindebund haben nur noch 18 einen ausgeglichenen Haushalt, 198 führen einen „fiktiven“ Haushaltsausgleich herbei, und 143 befinden sich schon in der Haushaltssicherung.

Beim Deutschen Städtetag ist es ähnlich: Nur noch 17 Prozent aller Großstädte kommen ohne Haushaltssicherung aus. Davon haben zehn Prozent noch nicht einmal ein genehmigtes Sicherungskonzept – sie fahren einen Nothaushalt.

70 Prozent aller Kommunen rechnen damit, dass das Eigenkapital vollkommen aufgezehrt wird. Die Schere zwischen Ein- und Ausnahmen klappt immer weiter auseinander, die Substanz werde dabei „vollkommen verzehrt“.

So weit, um den Kämmerer zu zitieren.

Und diesen klammen Kommunen müssen wir mittels Landschaftsumlage in die löchrigen Taschen greifen. Auch wenn die Umlage in absoluten Zahlen gleichbleibt, so bleibt auch wahr, dass die Kommunen jeden Euro, den sie nicht an den LVR abführen müssen, für ihre eigenen Haushalte bitter nötig haben.

Zum Ausgleich der Haushalte stellen sich uns folgende Alternativen dar:

Wir erhöhen die Einnahmen, was in letzter Konsequenz eine derartige Anhebung der Landschaftsverbandsumlage zur Folge hätte, dass zwar der Haushalt des LVR ausgeglichen wäre, die Kommunen hingegen die Landschaftsverbandsumlage samt und sonders aus Kassenkrediten aufbringen müssten. Dies geht also nicht!

Zweite Alternative: Bund und Land ordnen den kompletten Finanzausgleich neu und geben der kommunalen Familie endlich die Mittel, die sie für die Durchführung der von Bund und Land übertragenen Aufgaben wirklich benötigen.

Allein: Uns fehlt der Glaube, dass Bund und Land in Anbetracht ihrer Kassenlage dazu willens und fähig sind.

Auf der anderen Seite steht die Option, die Ausgaben zu senken. Hieran arbeitet die Verwaltung bereits seit Jahren vorbildlich. Was nützt es aber, auf der einen Seite durch Optimierung von Prozessen und Verfahren Millionenbeträge einzusparen, wenn im gleichen Atemzug die Einsparungen etwa durch deutlich höhere Fallzahlen konterkariert werden?

Auch wenn die Ausgaben durch diese enorm steigenden Fallzahlen wesentlich stärker steigen, als der Landschaftsverband Rheinland konsolidieren kann, ist uns und allen Beteiligten klar, dass hinter jedem „Fall“ ein Mensch steht, der zu Recht Anspruch auf Betreuung hat; und somit ist eine Deckelung der Kosten durch Begrenzung der Fallzahlen unmöglich.

Damit kommen wir zwangsläufig zum Thema der sogenannten „Standards“. Wo können diese in Zukunft noch liegen, um die betroffenen Menschen qualitativ gut zu versorgen? Was sind wirklich pflichtige Aufgaben? Ist eine Aufgabe wirklich pflichtig oder einfach nur wünschenswert? Muss eine pflichtige Aufgabe wirklich auf dem derzeitigen Niveau erfüllt werden?

Ein gelungener Spagat zwischen hoher Qualität und Finanzierbarkeit wird das Kunststück der Zukunft sein. Doch selbst wenn man eine Steigerung der Qualität in manchen Bereichen für wünschenswert halten sollte, halten wir Anträge, die Mehrausgaben beinhalten, ohne eine Gegenfinanzierung darzustellen, für unseriös, kontraproduktiv und zielführend, nämlich direkt ins Haushaltskonzept.

Bei der Beantwortung dieser Fragen bekommt man bisweilen den Eindruck, dass Teile der Politik noch nicht den Ernst der Lage erkannt haben und liebgeordnete, weil selbst beantragte Projekte, auch heute nicht bereit sind, auf den Prüfstand zu stellen oder aber die Verwaltung bei ihren Einsparvorschlägen im Regen stehen lassen und auch die Verwaltungsvorschläge nicht nachhaltig unterstützen.

Lassen Sie mich die Position der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde zu Einsparmöglichkeiten und auch zu notwendigen Standardreduzierungen anhand dreier Beispiele erläutern: dem Therapeutenschlüssel an den LVR-Förderschulen.

Wenn das Verhältnis beim LVR eigentlich bei 1 : 16 liegen sollte, mittlerweile jedoch real bei 1 : 17 liegt und gleichzeitig in Westfalen sogar mit über 1 : 24 gefahren wird, liegt die anvisierte Versuchsnahe, diesen veralteten Schlüssel auch im Rheinland aufzuheben.

Insofern stimmt unsere Fraktion der Verwaltungsvorlage zu, möchte den Beschluss aber in folgendem Punkt modifiziert wissen: Der Therapeutenschlüssel von 1 : 16 wird, jeweils befristet auf zwei Jahre, aufgehoben. Vor einer weiteren Entscheidung gibt die Verwaltung fristgerecht Bericht über die Folgen, die sich aus der Senkung des Therapeutenschlüssels ergeben haben; auch Bericht darüber, wo eine weitere Senkung vollzogen werden kann, und in welchen Therapiebereichen das Ende der Fahnenstange bereits erreicht ist.

Wir erwarten von der Verwaltung aber auch Auskunft darüber, in welchen Bereichen es eventuell einer intensiveren Betreuung bedarf. So, denken wir, wäre die in Fachkreisen unpopuläre Aufhebung des Therapeutenschlüssels nach außen besser zu vermitteln, und so würden wir hier einen Beschluss erzielen, hinter dem wir als Fraktion auch stehen könnten. Es ist völlig unverständlich, warum die Gestaltungsmehrheit uns in diesem Punkt nicht folgen wollte.

Zweites Beispiel: das Netzwerkprojekt Butzweilerhof. Wenn wir einen Ausstieg aus dem Projekt fordern, dann sicher nicht, weil wir Feinde der Kultur sind. Im Gegenteil: Wir sehen die Gefahr, dass durch die Kosten, die sich der LVR mit diesem Projekt auf Jahrzehnte aufbürdet, sich der Kulturerat immer unflexibler gestalten lässt. Ein Ausstieg aus dem Projekt würde diesen Etat entlasten und dringend benötigte Spielräume für kostengünstigere Ideen erhalten.

Die CDU hatte zu einem Ausstieg bereits einen Antrag gestellt, dem wir so auch zustimmen könnten. Angesichts der realen politischen Verhältnisse in dieser Landschaftsversammlung wollen wir jedoch einen anderen Weg gehen: Wir wollen der Gestaltungsmehrheit gute Argumente für einen Ausstieg an die Hand geben und ihr so die Chance geben, ihr Bewusstsein für einen Ressourcen schonenden Umgang mit Kulturmitteln zu erweitern.

Sollte sie dann selbst zur Erkenntnis gelangen, dass ein Ausstieg unumgänglich ist, erheben wir kein Copyright. Wir würden uns freuen, denn

auch das macht Freie Wähler/Deine Freunde so sympathisch: Wir sind lediglich dem Erfolg in der Sache verpflichtet!

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Zum Projekt Butzweilerhof noch eine Anmerkung. Es ist ja ganz interessant – und hier wissen das vielleicht alle Mitglieder nicht –: In Köln ist die Angelegenheit Butzweilerhof – ich bin auch Kölner Ratsmitglied – ja nur ein reines Wirtschafts- und Standortentwicklungsprojekt. Im LVR ist es im Kulturausschuss angesiedelt.

Der Kulturausschuss Köln – und das wird Herr Dr. Elster auch bestätigen können – beschäftigt sich mit dem Butzweilerhof nahezu gar nicht, überhaupt nicht; und es stellt sich hier – –

(Runkler, FDP: Was tun Sie denn dagegen?)

– Wir fangen an, etwas dagegen zu tun. Wir machen das ja auch heute hier; und es ist nicht ganz verständlich, warum Frau Karabaic aus ihrem Etat, aus ihrem Haushalt Standort- und Wirtschaftsentwicklung in Köln betreiben muss. So viel Geld hat sie auch nicht zur Verfügung.

(Zustimmung bei Freie Wähler/Deine Freunde und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Im kulturellen Zusammenhang möchte ich auch noch als drittes Beispiel unsere geforderte Erhöhung der Eintrittspreise in Museen erwähnen. Wir wurden ja dafür gerade noch gescholten. Damit es keine Missverständnisse gibt: Auch weiterhin sollen finanziell Schwache und junge Menschen kostenfreien Eintritt erhalten und sich so einen Besuch leisten können bzw. an die Kultur herangeführt werden.

Aber warum soll ein Besucher, der sich einen Eintritt von fünf Euro leisten kann, nicht in Zukunft bereit sein, sechs Euro zu zahlen? Man kann diesen zusätzlichen Euro auch als Solidaritätsabgabe für die Kultur verstehen, und er zeigt aber auch exemplarisch, wie wir Haushaltskonsolidierung verstehen: An möglichen Stellen maßvolle Einnahmenerhöhung, etwa durch höhere Eintrittsgelder, und zugleich Kostenreduzierung, etwa durch den Ausstieg aus nicht mehr vermittelbaren Prestigeobjekten wie dem Butzweilerhof.

Dieser Weg, von einer vorsichtigen, sozial verträglichen Standardreduzierung, über den Aus-

stieg aus Prestigeobjekten bis hin zu einer maßvollen Erhöhung von Eintrittsgeldern würde bei jenen, die diesen Haushalt zum größten Teil stemmen müssen, den kommunalen Gebietskörperschaften, Vertrauen schaffen. Und dieses Vertrauen an der, wenn Sie so wollen, Basis muss sich der LVR jeden Tag neu erarbeiten.

Der LVR ist nicht nur Teil der kommunalen Familie; er ist auch eine Solidargemeinschaft. Dies ist in den meisten Kreisen, Städten und Gemeinden noch unumstritten. Doch wenn es um die Landschaftsumlage geht, kommt es jedes Jahr zum Treueschwur.

Der LVR gibt den Kommunen einiges zurück, mehr als einzeln arbeitende Gebietskörperschaften leisten könnten. Doch er greift den Kommunen auch tief in ihre leeren Taschen.

In Zeiten dramatisch leerer Kassen ist es mehr als nachvollziehbar, dass die kommunalen Gebietskörperschaften einer Erhöhung der Landschaftsumlage skeptisch bis offen ablehnend gegenüberstehen.

Und da ich gerade von diesem notwendigen Vertrauensverhältnis in der kommunalen Familie gesprochen habe, erstaunt es in diesem Zusammenhang doch sehr, dass die Mehrheit in dieser Versammlung unserem Antrag nicht folgen will, verbindlich einen Nachtragshaushalt für den Fall aufzustellen, dass dem LVR durch ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz zusätzliche Mittel zufließen, um diese Mittel dann wieder an die kommunalen Gebietskörperschaften auszuschießen.

Diese Weigerung schafft kein Vertrauen und gefährdet den Zusammenhalt.

Irritationen lösen auch die hohen Mittel aus, die einige Fraktionen für die Inanspruchnahme von Dienstwagen und Fahrer fordern.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

Auch die CDU hat ja da einen Posten.

Hierzu möchte ich erwähnen, dass es auch anders geht. Unsere Fraktion – –

(Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Ja, wenn man gesund ist, geht es anders! Aber wenn man schwerkrank ist, geht es eben nicht anders. Da sollten Sie

mal genau hingucken! – Zuruf von Schmitz, Freie Wähler/Deine Freunde: Hören Sie doch bitte mal zu!

– Hören Sie mir doch bitte zu! Ich spreche alle Fraktionen an, nicht nur die der FDP – mit Ausnahme der Fraktion der Linken und mit Ausnahme der Fraktion der Freien Wähler.

Unsere Fraktion benötigt für Dienstwagen keine 2.000, keine 19.000 oder gar 60.000 Euro; wir benötigen null Euro. Mittelfristig wäre zu überlegen, ob die Kosten für den Fahrdienst nicht aus den Fraktionsmitteln beglichen werden sollten, die natürlich dementsprechend erhöht werden könnten. Die Fraktionen müssten dann mit diesen Mitteln selbst haushalten, statt sie einfach – wie auch dieses Mal – im LVR-Haushalt zu veranschlagen.

Auch möchte ich zum Schluss erwähnen, dass wir einen großen Teil der uns für 2010 zustehenden Fraktionszuwendungen wieder dem LVR zur Verfügung stellen konnten. Halten Sie dies bitte nicht für „Peanuts“. Sie kennen sicher alle Projekte im LVR, die sich auch über solche Summen freuen würden. Und es schafft Vertrauen in den Sparwillen der Politik.

Wir, die Freien Wähler/Deine Freunde, werden den Haushalt 2011 ablehnen. Wir möchten aber betonen, dass wir den Willen und die Fähigkeit der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung ausdrücklich anerkennen.

Da wir in einigen auch heute beschriebenen Punkten mit der Gestaltungsmehrheit im Dissens liegen und zudem die Gestaltungsmehrheit bedauerlicherweise nicht wirklich an einem Dialog mit der Opposition interessiert ist, können wir dem so eingebrachten Haushalt nicht zustimmen.

Dem LVR, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünschen wir auch 2011 gutes Gelingen. Mögen sie immer ihrem Ziel verpflichtet bleiben: Qualität für Menschen! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ah, doch. Bitte schön, Frau Dr. Schreiber.

(Zuruf von den Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Noch 'ne Haushaltsrede!)

Frau Dr. Schreiber (FDP): Nein! Keine Sorge! Nicht zum Haushalt, sondern zu allgemeinen Bedingungen.

Vergleichende Werbung ist zu Recht verboten. Vergleichende Werbung von Produkten wird geahndet.

(Frau Barion, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Nicht mehr!)

Tatsächlich hat es hier jemand fertig gebracht, eine vergleichende Werbung von unseren beiden Kandidaten unterzubringen. Ich finde das diskriminierend; ich finde es beschämend.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir wie verabredet zum **Tagesordnungspunkt 5.4.1** zur Abstimmung.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 18.02.2011 den Antrag 13/96 beraten und mehrheitlich der Landschaftsversammlung empfohlen, entsprechend dem Antrag zu beschließen.

Wer dem Antrag 13/96 von SPD, Grünen und FDP seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen ist dann nach der mir vorliegenden Anwesenheitsliste mit Mehrheit so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5.4.2:

Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Haushalt 2011

– Antrag 13/99 CDU –

Der Landschaftsausschuss hat am 18.02.2011 diesen Antrag beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Kollege aus der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag 13/99 heute seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Anmerkung:

Die Anträge der Fraktion Die Linke. unter **5.4.3 bis 5.4.6** wurden zurückgezogen.

- 5.4.7. **Haushaltsberatungen 2011
Ausweisung Besoldungs-
und Vergütungsgruppe**
– Antrag 13/79 der CDU –
- 5.4.8. **Haushaltsberatungen 2011
Bildung eines LVR-Kom-
petenzteams Inklusion
Beschluss des Landschafts
ausschusses vom 26.11.2009**
– Vorlage 12/4755 –
– Antrag 13/80 der CDU –
- 5.4.9. **Haushaltsberatungen 2011
Pensionslasten der LVR-Kliniken**
– Antrag 13/81 der CDU –
- 5.4.10. **Haushaltsberatungen 2011
Neu-, Umbau-/Sanierungsmaßnahmen**
– Antrag 13/82 der CDU –
- 5.4.11. **Haushaltsberatungen 2011
Beförderungs- und Besetzungssperre**
– Antrag 13/83 der CDU –
- 5.4.12. **Haushaltsberatungen 2011
Personal- und Versorgungsaufwand /
Personalkostensteigerung**
– Antrag 13/84 der CDU –
- 5.4.13. **Haushaltsberatungen 2011
Personalbemessung außerhalb
der Competence-Center**
– Antrag 13/85 der CDU –

- 5.4.14. **Haushaltsberatungen 2011
Reduzierung besonderer Baustandards**
– Antrag 13/86 der CDU –
- 5.4.15. **Haushaltsberatungen 2011
Liegenschaftsbericht**
– Antrag 13/87 der CDU –
- 5.4.16. **Haushaltsberatungen 2011
Netzwerkprojekte im Kultur-
und Umweltbereich**
– Antrag 13/88 der CDU –
- 5.4.17. **Haushaltsberatungen 2011
Referenten in Außendienststellen**
– Antrag 13/89 der CDU –
- 5.4.18. **Haushaltsberatungen 2011
Haushaltsmittel zum Programm
„Erinnerungsorte/Internationale
Begegnungen“**
**Bezug: Beschluss 12/275/1
der Landschaftsversammlung
vom 10.03.2008**
– Antrag 13/90 der CDU –
zurückgezogen
- 5.4.19. **Haushalt 2011
Ferienmaßnahmen**
– Vorlage 13/1025 –
– Antrag 13/107 der CDU –
- 5.4.20. **Haushalt 2011
Reisen der Fachausschüsse
und Kommissionen**
– Antrag 13/108 der CDU –
- 5.4.21. **Haushalt 2011
Anträge der Fraktionen
Nachtragshaushalt zur Senkung
der Landschaftsverbandsumlage**
– Antrag 13/97 der Fraktion
Freie Wähler/Deine Freunde –

5.4.22.

**Haushalt 2011
Steigerung der Erlöse aus
Entgelten für die LVR-Museen**
– Antrag 13/100 der Fraktion
Freie Wähler/Deine Freunde –

5.4.23.

**Haushaltskonsolidierung 2011
Netzwerkprojekte Umweltschutz**
– Antrag 13/101 der Fraktion
Freie Wähler/Deine Freunde –

Anmerkung:

Die Anträge der CDU-Fraktion zu den
Punkten **5.4.7. bis 5.4.23.** wurden nicht
zur Abstimmung gestellt.
(Siehe Verfahrensweise Tagesordnungs-
punkt 5, Ziffern 5 und 6.)

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt
5.5:**

**Haushaltssatzung des LVR mit
Haushaltsplan, Stellenplan und
sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2011**

– Vorlage Nr. 13/1078 –

Sie haben gehört, meine Damen und Herren,
dass von der CDU-Fraktion für den § 6 der
Haushaltssatzung, also die Landschaftsumlage,
namentliche Abstimmung verlangt worden ist.
Dem ist Rechnung zu tragen.

Ich verfare wie folgt: Ich lasse zunächst über
die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Stel-
lenplan und sonstigen Anlagen abstimmen, ohne
§ 6, was also die Landschaftsumlage angeht. Zur
Abstimmung über diese Landschaftsumlage
werden wir danach namentlich aufrufen, und ich
werde Ihnen sagen, wie abzustimmen ist.

(Große allgemeine Heiterkeit)

– Mit Ja oder mit Nein, mein Gott, war gemeint!

Also, wer der Haushaltssatzung mit Haushalts-
plan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2011 – Vorlage 13/1078; ohne § 6
zunächst – die Zustimmung geben möchte, den
bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD,
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP.
Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion und

zwei Kollegen der Freien Wähler sowie fünf der
Linken.

Das ist nach der mir vorliegenden Anwesenheits-
liste die **Mehrheit**, und das wird hier auch so be-
stätigt. Ja, man muss zählen, weil einige nicht
anwesend sind und einige sich entschuldigt ha-
ben. Aber es bleibt deutlich die Mehrheit.

Gut, jetzt kommen wir zur **namentlichen Ab-
stimmung** über die Landschaftsumlage. Meine
Kollegin und der Kollegen werden kurz die Na-
men vorlesen. Das meinte ich vorhin natürlich,
wie Sie auch verstanden haben. Wenn Sie also
Ja sagen, stimmen Sie der Haushaltsumlage von
17 Prozent zu. Wenn Sie diese Haushaltsumlage
ablehnen, rufen Sie bitte Nein. Daraus ergibt sich
mit der einfachen Mehrheit der Anwesenden eine
Mehrheit – für was auch immer.

Also: Ja bedeutet Zustimmung zur Vorlage der
Verwaltung, 17 Prozent; Nein bedeutet Ableh-
nung.

Wir legen also los. Wer beginnt? – Die Kollegin.
– Das geht jetzt flott.

(Es folgt der Namensaufruf der Dele-
gierten mit deren Abstimmung von
12:44 bis 12:49 Uhr)

Damit haben 67 mit Ja gestimmt. Das ist bei ei-
ner notwendigen Stimmenmehrheit von 63 aus-
reichend. Damit ist der Umlagesatz unter Tages-
ordnungspunkt 5.5 in § 6 **auf 17,0 Prozent** mit
Mehrheit **festgelegt** worden.

Ich komme nun zum **Tagesordnungspunkt 5.6:**

Wirtschaftsplanentwürfe 2011

Ich rufe alle Tagesordnungsunterpunkte insge-
samt auf:

**5.6.1: Wirtschaftsplanentwurf 2011 LVR-Info-
Kom**

– Vorlage Nr. 13/1031 –

**5.6.2: Wirtschaftsplanentwurf 2011 der LVR-
Jugendhilfe Rheinland**

– Vorlage Nr. 13/991 –

5.6.3: Wirtschaftsplanentwürfe 2011 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen 2011 der LVR-Kliniken

– Vorlage Nr. 13/978 –

5.6.4: Wirtschaftsplanentwürfe 2011 der LVR-HPH-Netze Niederrhein Ost und West

– Vorlage Nr. 13/930 –

5.6.5: Wirtschaftsplanentwurf 2011 der Krankenhauszentralwäscherei

– Vorlage Nr. 13/950 –

Gibt es Wortmeldungen zu diesen Wirtschaftsplanentwürfen? – Möchte jemand gegen die Wirtschaftsplanentwürfe stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Wir haben **einstimmig so beschlossen**.

Punkt 6:

Satzungsangelegenheiten

Für alle Wertgrenzen gelten Bruttobeträge, soll ich Ihnen hier noch einmal wie im Landschaftsausschuss von der Landesdirektorin sagen. Ich mache das gerne. Jeder möge sich jetzt ausrechnen, was das bedeutet. Aber wir sind vorinformiert.

Zunächst:

6.1: Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die LVR-InfoKom

– Vorlage 13/872 –

Gibt es dazu Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Wir haben **einstimmig so beschlossen**.

6.2: Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Jugendhilfeeinrichtungen des LVR (LVR-Jugendhilfe Rheinland)

– Vorlage Nr. 13/221/1 –

Keine Wortmeldungen.

Keine Gegenstimme. – Keine Enthaltung. Damit ist so **beschlossen**.

6.3: Neufassung der Betriebssatzung für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei

– Vorlage Nr. 13/955 –

Auch hier gibt es keine Wortmeldung, keine Gegenstimme, keine Enthaltung. Damit ist **einstimmig so beschlossen**

6.4: Neufassung der Betriebssatzung für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen

– Vorlage 13/951 –

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Keine Gegenstimme und keine Enthaltung. Wir haben so **beschlossen**.

Schließlich zu

6.5: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für außerunterrichtliche Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) an den LVR-Förderschulen

– Vorlage 13/1097 –

Keine Wortmeldung, keine Gegenstimme.

Wir haben **einstimmig so beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7:

Inklusion

Zunächst **7.1:**

Resolution „Inklusion im Schulgesetz NRW – jetzt verankern“

– Drucksache Nr. 13/93 der CDU –

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Solf bitte.

Solf (CDU): Herr Vorsitzender! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 1. Dezember des vergangenen Jahres einen einstimmigen Beschluss gefasst: CDU plus SPD plus Grüne bei Widerrede und Enthaltung der FDP. Er spricht sich für die Umsetzung der UN-

Konvention zur Inklusion in den Schulen unseres Landes aus.

Ich darf unterstellen, dass jede und jeder hier im Saal das auch so tut.

Wir halten diesen Weg für richtig – nicht weil die Vereinten Nationen sich mit diesem Thema beschäftigen. Wir halten ihn für richtig, weil er in der Sache geboten ist und weil betroffene Menschen in unserem Land ihn wollen.

Über viele Jahre hinweg hat unsere schreckliche deutsche Vergangenheit im Umgang mit behinderten und benachteiligten Menschen uns dazu geführt, sie möglichst behütet und beschützt zu erziehen. Das hatte viele Vorteile, aber auch so manchen Nachteil. Und heute ist die Zeit reif, diesen deutschen Sonderweg aufzugeben. Eine qualitätvolle und zukunftsorientierte sowie partizipatorische Erziehung von Kindern mit Behinderungen und anderen Benachteiligungen unter der Überschrift „Inklusion“ soll ermöglicht werden.

Das anerkennen wir, und deshalb wollen wir diesen Weg gemeinsam gehen. – So weit zum Land.

Aber zu meiner großen Enttäuschung stoßen wir schon bei den ersten Schritten auf Unarten, die nichts anderes als die altbekannten und den Politikbetrieb so unbeliebt machenden Spielereien sind.

Das Gebot der Stunde wäre es doch, umgehend nach dem Landtagsbeschluss den zweiten Schritt zu tun, nämlich zügig und ehrlich im Spannungsfeld zwischen Bund, Land, Landschaftsverband, Kommune und der Schule vor Ort schnellstens Mechanismen zu schaffen, die eine gelebte Inklusion ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei geht es nicht um schöne Worte, sondern um ganz praktische Fragen – und ganz am Ende auch um Geld. All diese Probleme müssen bald gelöst werden; denn sonst betrügen wir die Eltern der Kinder mit einem besonderen Förderbedarf. Ganz dort oben im Wolkenkuckucksheim werden Ziele vorgegeben, aber ganz dort unten, wo diese umgesetzt werden, wird noch zu viel schönegeredet.

Im Ministerium wird allenthalben von einem sogenannten Inklusionsplan gesprochen – das ist gut –, nur eben in einer vagen Zukunft.

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie haben doch die ganze Zeit gepennt! – Zuruf von Frau Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Ich warne Sie! Alles das, was Sie hereinrufen, werde ich durchaus mit Frau Löhrmann bereden. Frau Löhrmann hat im Landtag auf Gemeinsamkeit gesetzt. Gemeinsamkeit heißt, alle müssen es wollen. Ich nehme mit großem Interesse wahr, wie Sie sich verhalten.

Diesen Inklusionsplan gibt es zurzeit nur in einer vagen Zukunft. Es gibt eben das Ziel der Inklusion, und im Detail werden die Eltern, werden die Kommunen und werden die Schulen vor Ort noch mit schönen Worten abgespeist. Das muss sich schleunigst ändern.

In diesem Zusammenhang haben wir hier im Landschaftsverband unseren Beitrag zu leisten. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, uns zurückzulehnen und zu sagen: Wunderbar, ein schönes Ziel! Das unterstützen wir – und gut.

Wir müssen konkret arbeiten, und zwar im Interesse der Kommunen, die uns finanzieren, und im Interesse der Eltern und Kinder. Und wir müssen diesen Beitrag ehrlich leisten. Es kann nicht angehen, dass wir unter der Überschrift „Unterstützung der Inklusion“ Dutzende neue Stellen zu schaffen scheinen und den Stelleninhabern dann andere Aufgaben übertragen. Das gehört sich nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Der LVR hat in seinen Einrichtungen für behinderte Menschen zahllose Erfahrungen gewonnen. Wir wissen also, was vor Ort nottut. Wir können die Kommunen und die Schulen beraten; wir können ihnen helfen. Aber was tun wir? Wir erwecken mit unseren Verlautbarungen den Eindruck, Inklusion sei kein Problem. Die Eltern bräuchten sich jetzt nur an die lokalen Schulen und an die Kommunen zu wenden, und alles würde gut.

Wir erwecken den Eindruck, wir würden in einem wesentlichen Umfang Umbauten von Schulen ermöglichen. Aber das, meine sehr geehrten Damen und Herren, tun wir natürlich nicht, weil wir es gar nicht tun können. Und deshalb beginnen auch wir, uns unwürdig zu verhalten.

(Zuruf von Bündnis
90/DIE GRÜNEN: Sie!)

Vor genau diesem Hintergrund haben wir unseren Antrag so formuliert, wie er Ihnen jetzt vorliegt. Er hat nur einen Nachteil: Er kommt von der CDU. Er beginnt das zu konkretisieren, was im Landtag alle wollen. Er ist eine Hilfestellung, die auf die Felder hinweist, die nun zügig bearbeitet werden müssen. Er stellt ganz konkrete Fragen, und er beinhaltet das Versprechen, dass wir uns als Landschaftsverband mit all unserer Kompetenz einbringen werden, wenn das Land mit uns in einen Dialog eintreten will.

Aber – und das erfüllt mich nicht nur mit Enttäuschung, sondern auch mit einer gewissen Verbitterung. Aber Sie von der Ampelmehrheit, Sie wollen anscheinend nicht konkret Verantwortung übernehmen, aber unseren Antrag, der natürlich auch mit Arbeit für uns alle und für unsere Verwaltung verbunden ist, wollen Sie nicht. Sie wollen vielmehr ein unverbindliches und damit faules Bekenntnis zum Ziel alleine abgeben. Den zweiten Schritt wollen Sie nicht gehen. Ich weiß nicht, warum das so ist.

Ich kann und will mir nicht vorstellen, dass Sie möchten, dass sich der Landschaftsverband Rheinland aus seiner Verantwortung gegenüber den Menschen und gegenüber unseren Mitgliedskommunen herausstiehlt. Aber warum handeln Sie dann so?

Ist es vielleicht – und das will ich mir eigentlich auch nicht vorstellen – nur ein primitives Politikspielchen?

(Klemm, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Nein!)

Geht es Ihnen nur darum, die CDU abzublocken?

(Klemm, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Nein!)

Möchten Sie einen Beschluss fassen, der so simpel ist, dass man ihm eigentlich gar nicht zustimmen kann.

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Nein! – Runkler, FDP: Das haben Sie
doch im Landtag gemacht!)

– Wir haben es ja.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie eindringlich, auf Ihren nur bei Selbstverständlichkeiten verharrenden, aber viel zu unverbindlichen Antrag zu verzichten.

(Klemm, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Nein!)

Folgen Sie unserem Formulierungsvorschlag.

(Dr. Klose, SPD: Nein, das eben nicht!)

Er geht weiter als der Ihre – das sagt Ihnen draußen jeder –; denn er ist eben nicht unverbindlich. Er benennt konkrete Aufgaben, und er will dafür sorgen, dass wir uns gemeinsam an die Arbeit machen. Und genau das ist es doch, was die Menschen von uns erwarten.

Wir sollten nicht versuchen, uns gegenseitig auszutricksen. Wir sollten im Interesse der Menschen handeln. Wir sollten Verantwortung für die betroffenen Menschen übernehmen. Wir sollten uns alle unseres Wahlspruches würdig erweisen: Verantwortung für die Menschen!

Folgen Sie bitte dem zwanglosen Zwang der besseren Argumente, und stimmen Sie für den gemeinsamen Antrag! – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Busche; danach Frau Beck.

Busche (Die Linke): Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Sie sehen daran, dass ich einen kurzen Weg habe – im Gegensatz zur letzten Landschaftsversammlung –, dass wir da sind, dass wir größer sind, dass wir bleiben und dass Sie uns nicht ausgrenzen können, indem Sie unsere Zustimmung zur Resolution im Landtag einfach mal wieder nicht erwähnen können.

Sie versuchen es immer wieder. Und auch die Erwähnung unserer Zustimmung gerade von Ihrem Kollegen ist einfach ein Zeichen dafür, dass es Ihnen an einem grundsätzlichen Mentalitätswechsel fehlt, dass Sie hier einen Schauantrag vorgelegt haben und dass Ihre Resolution weitestgehend Aktionismus ist.

(Zustimmung bei Die Linke)

Der Landschaftsverband Rheinland begrüßt die Bestrebungen des Landtages Nordrhein-Westfalen, die Zielsetzungen und Vorgaben der UN-Behindertenkonvention zur Inklusion in der Schule umsetzen zu wollen. Das steht in Ihrem Beschlussvorschlag. Prima, dann sind wir uns ja einig. Warum schließen Sie sich dann nicht einfach unseren im Ältestenrat vereinbarten gemeinsamen Antrag an? Wir fürchten, Sie meinen es nicht ehrlich.

Sie haben es ja in Ihrer Resolution erstaunlich eilig; so eilig, dass dieser Antrag der einzige ist, den Sie nicht 1 : 1 aus dem letzten Jahr übernommen haben. Hier lohnt sich sogar mal das Zuhören.

Am 30.08. gab es die Antwort der damaligen CDU/FDP-Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen zu Situation und Zukunft der sonderpädagogischen Förderung an Schulen in NRW. Ich zitiere:

Die Umsetzung des Übereinkommens

– und das war Ihre Fraktion –

ist als gesamtgesellschaftliches komplexes Vorhaben längerfristig und schrittweise angelegt.

Und etwas später:

Hierzu sind zahlreiche Abstimmungsprozesse zwischen den Kommunen, Landschaftsverbänden und anderen Schulträgern insbesondere im Ersatzschulbereich erforderlich. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention wird einen mehrjährigen Entwicklungsprozess benötigen und erfordert einen grundsätzlichen Mentalitätswechsel.

Völlig richtig! Aber wenn Sie Ihren eigenen Satz mit den Bildungschancen und der Bildungsgerechtigkeit im allgemeinen Schulsystem wirklich ernst nehmen würden, müssten Sie eigentlich zu der Konsequenz gelangen, dass der Inklusionsgedanke, konsequent umgesetzt, die deutsche Schullandschaft völlig verändern müsste; denn in dem durch Ihre Partei so vehement verteidigten mehrgliedrigen Schulsystem mit Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ist Inklusion nicht möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier müssen Sie Farbe bekennen, wenn Sie es wirklich ernst mei-

nen. Und hier können Sie vielleicht wirklich Vorreiter sein in Ihrer Partei. Aber das sind Sie natürlich nicht.

Ihre Resolution dagegen wirkt in ihrem Aktionismus und ihrer gleichzeitigen mangelhaften Konsequenz wie ein Schauantrag, und deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Weiden-Luffy; danach Frau Beck.

Frau Weiden-Luffy (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der CDU-Antrag bleibt weit hinter der Resolution des Landtages zurück. All die Fragen, die Sie aufwerfen, sind in der Resolution bereits beantwortet. Und wenn Sie ehrlich mit der Sache umgingen, würden Sie weitere Schritte einleiten – und nicht noch mal die Fragen stellen, die hier beantwortet sind.

Die Inklusionspauschale des Landschaftsverbandes greift genau diese Punkte auf. Dann stellen Sie doch diese Anträge bei den Gebietskörperschaften, die für die anderen Förderschulen Schulträger sind.

Wir wollen ganz konkret die Kinder in die Regelschulen bringen – mit der Qualität, die diese Kinder brauchen, mit der therapeutischen Ausstattung, mit der pädagogischen Ausstattung. Nichts anderes sagt auch der Antrag, der einstimmig vom Landtag verabschiedet worden ist.

Es ist für mich ja ein reiner Schauantrag, den Sie stellen. Ich kann ihn mir nicht erklären. Bis jetzt haben wir im Schulausschuss diese Auseinandersetzung nicht geführt. Sie hätte ich gerne im Schulausschuss geführt. Das war ja zeitlich leider nicht möglich; denn im Grunde genommen wollen wir das Ziel haben, möglichst viele Kinder in die Regelschulen mit optimaler Versorgung zu integrieren. Es soll eben ganz gezielt ein Programm entwickelt werden.

Wir kennen alle die großen Bedenken auch der Eltern, die für ihre Kinder eine Förderschulbildung wünschen. Genau dafür müssen wir ein vernünftiges Programm auflegen, damit wir die Eltern überzeugen. Wir müssen den Eltern das bieten, was auch die Förderschulen bieten.

(Zuruf von der CDU: Die schulgesetzlichen Rahmenbedingungen gelten!)

– Lesen Sie doch mal den Antrag! Den haben Sie doch wahrscheinlich im Landtag gemeinsam mit den anderen Kollegen verabschiedet.

(Zuruf: Die FDP hat dagegen gestimmt!)

Deswegen ist es mir – –

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie sitzen zwar im Gremium, aber es war einstimmig! Soll ich Ihnen Nachhilfe geben?)

– Aber Sie haben den Antrag doch im entsprechenden Parlament mit verabschiedet!

Deswegen ist es für mich nicht zu erklären, dass Sie jetzt diese Fragen noch einmal aufwerfen und dass wir nicht auch beim Landschaftsverband einen gemeinsamen Antrag verabschieden können – zum Wohle der Kinder. Das ist unredlich.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Frau Beck bitte.

Corinna Beck (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Resolutionen haben in der Landschaftsversammlung Rheinland gute Tradition – mit dem Ziel, eine gemeinsame Positionierung zu einem aktuellen Thema öffentlich zu machen und in die Ebene der Landes- und Bundespolitik zu tragen.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, halten das Thema Inklusion für wichtig genug, in einer Resolution auf deren Etablierung im Schulgesetz NRW zu drängen. Diese Einschätzung teilen wir.

Gute Tradition wäre es aber auch gewesen, dieses Vorhaben, so wie es auch im Landschaftsausschuss besprochen wurde, mit den übrigen Fraktionen abzustimmen und zu einer einvernehmlichen gemeinsamen Formulierung zu kommen.

Diesem Vorgehen konnten Sie sich, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, leider

nicht anschließen. Und so stimmen wir nun heute über zwei Resolutionen ab. Das ist sehr bedauerlich, zumal wir uns inhaltlich sehr wahrscheinlich hätten verständigen können; denn im Landtag haben Ihre Parteikollegen genau dem Text, den alle anderen Fraktionen heute hier zur Abstimmung stellen, zugestimmt.

Ganz offensichtlich ist aber die CDU-Fraktion am gemeinsamen Vorgehen, wenn es um die Umsetzung der Menschenrechte auch für Menschen mit Behinderung geht, nicht interessiert. Das ist sehr schade.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Dr. Strack-Zimmermann.

Frau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Solf, weil Sie hier gerade so schwere Worte benutzt haben – von wegen, dass man so was zusammen machen sollte –: Sie hätten sich ja auch mal der Mehrheit hier anschließen können.

Aber bei der Gelegenheit möchte ich Ihnen mal etwas sagen, und ich gucke die Fraktion der CDU hier im Landschaftsverband besonders an, weil ja, gerade ausgelöst auch durch Ihre Rede, das Thema Dienstwagen noch mal hochgekommen ist und Sie besonders gejubelt haben, meine Herren.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen sagen: Wenn Sie von Inklusion sprechen – jetzt hören Sie mal einen Moment zu! –, dann heißt das auch, wie man mit Mitgliedern dieser Landschaftsversammlung umgeht, die nicht so gesund sind, wie Sie und ich das Glück zu sein haben.

Ich sage Ihnen allen hier: Hier steht „Qualität für Menschen!“. Wenn Sie hier anfangen, Qualität für Menschen zu wollen, schließt das nicht aus, dass wir auch Qualität für die Menschen haben, die hier sitzen und arbeiten.

Und ich nenne es hier ganz klar beim Wort – Herr Paßmann, Sie erlauben mir das –: Wir werden die Frage der Fahrten genau wie bisher abwickeln. Herr Paßmann hatte eine Gehirnblu-

tung, wurde operiert, lag im Koma, musste regeneriert werden. Dass er noch lebt und hier sitzt, ist ein Wunder.

Ich wünsche keinem von Ihnen, meine Damen und Herren, dass Ihnen so etwas passiert.

Wenn einer es nötig hat, die Presse zu informieren, und dann nicht mal richtig – das Nette ist ja, dass dann auch steht, das ist das einzig Lustige, wir hätten nur 50 Millionen Euro Schulden; das war ja noch der nette Teil der Information –, dann mag man das machen, um eine Fraktion zu treffen.

Ich kann Ihnen sagen: Uns trifft es nicht; wir stehen vor unserem Vorsitzenden, wir stehen neben ihm, und wir stehen hinter ihm.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Aber es geht darum, dass Sie den Landschaftsverband Rheinland beschädigen. Das ist viel schlimmer. Und jedem, der dieses tut – woher das auch kommt –, muss eines klar sein: Es gibt Leute, die diese Landschaftsversammlung nicht mehr wollen. Und er gibt diesen Menschen, die das nicht mehr wollen, richtig Auftrieb.

Es ist im Grunde genommen das Schlimme, dass unser Selbstverständnis Wiedereingliederung allgemein gilt – in der Frage Inklusion und auch in der Frage, wie gehen wir mit unseren Menschen um, die in dieser Landschaftsversammlung arbeiten.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, daher kommen wir zur **Abstimmung über Punkt 7.1**, die Resolution „Inklusion im Schulgesetz NRW – jetzt verankern!“, Antrag 93 der CDU-Fraktion.

Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Dann Abstimmung über

Punkt 7.2:

Resolution „UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen“

– Antrag 13/110 der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP, Die Linke, Freie Wähler/Deine Freunde –

Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag unter Tagesordnungspunkt 7.2 mit großer Mehrheit **beschlossen**.

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Die CDU-Fraktion ist gegen Inklusion!)

Meine Damen und Herren, **zu dem Tagesordnungspunkt 1** habe ich **zu Protokoll** Sie noch darauf hinzuweisen, dass die Verwaltung mich darauf aufmerksam gemacht hat, dass beim Tagesordnungspunkt 6.5 eine kleine Veränderung notwendig ist. Das Inkrafttreten, steht in dieser Vorlage, und das haben wir auch so beschlossen, soll zum 01.03. erfolgen. Da heute der 28. 02. ist, ist das nicht mehr möglich. Ich bitte Sie also, zur Kenntnis zu nehmen, dass § 14 – Inkrafttreten – zum Tagesordnungspunkt 6.5 wie folgt lauten muss:

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW in Kraft.

Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann haben Sie nachträglich diese kleine Änderung **beschlossen**.

Mir liegen keine

8. Fragen und Anfragen

vor.

Ich danke Ihnen sehr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 13.11 Uhr)